

# Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 23.

Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementspreis 1.50 Mk. pro Quartal  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,  
Sonnabend, 6. Juni 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile  
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist  
stets vorher einzufenden.)  
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

22. Jahrg.

**Kollegen!** Seid Euch stets bewußt, daß unsere wichtigste Aufgabe die Festigung und Stärkung unseres Verbandes ist. Darum agitiert, organisiert, klärt die indifferenten und noch wankelmütigen Kollegen auf! Laßt die jetzige günstige Zeit nicht ungenutzt vorübergehen!

## Malerschutz in Preußen.

Die Berichte der preussischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1907 enthalten verhältnismäßig sehr wenig Angaben über die Durchsetzung des Arbeiterschutzes in unserem Berufe. Es kann dies auch nicht besonders erstaunlich erscheinen, wenn wir uns die Zahl der Revisionen der Maler- und Anstreicherbetriebe in der von uns zusammengestellten Tabelle vor Augen halten. Wir werden daraus erkennen müssen, daß es sehr schlecht um die Beaufsichtigung der Malerbetriebe bestellt ist. Die Tabelle zeigt nachstehendes Bild:

Regierungsbezirk	Vorhandene Anlagen		Revidierte Arbeit.		Revisionen
	Arbeits.	Umlag.	Arbeits.	Umlag.	
Königsberg u. Allenstein	172	888	18	232	18
Gumbinnen	86	356	1	3	1
Danzig	99	726	5	51	5
Mariewerder	200	678	63	233	63
Potsdam	705	2662	56	353	56
Frankfurt a. O.	422	1251	10	69	10
Oppl. Berlin	341	2927	13	63	144
Stettin u. Stralsund	351	1245	52	346	53
Köslin	123	449	19	50	21
Posen	92	501	6	79	9
Bromberg	233	547	1	4	1
Breslau	112	541	9	73	9
Leipzig	149	575	9	84	9
Oppeln	225	1233	83	606	85
Magdeburg	460	1429	11	51	11
Merseburg	297	1213	7	26	7
Erfurt	157	695	8	53	8
Schleswig	1143	2984	76	135	75
Hannover, Osnabrück	797	2143	269	863	279
und Aurich	335	1109	9	36	9
Hildesheim	506	1065	108	224	108
Lüneburg u. Stade	629	1802	21	137	22
Münster	369	965	93	282	94
Minden	1054	3460	91	309	92
Münster	400	1957	1	28	1
Kassel	544	3126	61	350	65
Wiesbaden	279	825	—	—	—
Koblenz	1324	4830	21	128	23
Düsseldorf	500	2304	—	—	—
Köln	398	1062	23	129	25
Trier	267	645	22	153	22
Nachen	11	22	6	16	6

Zur Ergänzung der vorstehenden Tabelle hätten wir anzugeben, daß lediglich für die Regierungsbezirke Königsberg und Allenstein auch eine Nachweisung für die Wagenbauereien mit Lackierereien gegeben wurde. Danach waren 18 derartige Betriebe mit 55 Arbeitern vorhanden, von denen aber nur 4 mit 8 Arbeitern und zwar jeder nur einmal revidiert wurde. Wenn wir uns die Tabelle näher ansehen, so finden wir neben einzelnen Aufsichtsbereichen, in denen die Gewerbebetriebe jede Tätigkeit unterlassen haben, weitere, in denen nicht viel mehr als vereinzelte Revisionen zu konstatieren waren und eigentlich keinen einzigen Aufsichtsbereich, in dem die Revisionen wirklich so zahlreich waren, daß jeder Maler- und Anstreichermeister auf einen Besuch des Gewerbebetriebs gefaßt war und mit Rücksicht darauf für die Durchführung der Bundesratsverordnung Interesse zeigen mußte. Im Gegenteil konnte man annehmen, daß die Wahrscheinlichkeit einer Revision und damit zusammenhängend einer Feststellung der der Verordnung widersprechenden Zustände so unwahrscheinlich war, daß von einer Durchführung der Verordnung kaum die Rede hätte sein können, wenn nicht die Mitglieder unserer Organisation vielfach auf die Meister energisch und erfolgreich einen Druck ausgeübt hätten, um die Durchführung der Verordnung zu erzwingen. Soweit hiervon die Rede sein kann, ist das Verdienst der gewerkschaftlichen Organisationen viel größer als das der staatlichen Behörden.

Ueber die Durchführung der Verordnung beziehentlich über die Maßnahmen wegen ihrer Nichtdurchführung und über die Schwierigkeiten, die sich der Durchsetzung der Verordnung entgegenstellten, bieten die Berichte verhältnismäßig sehr wenig Material. Aus dem Regierungsbezirk Potsdam wird gemeldet, daß in 9 Malerwerkstätten Verstöße gegen die Bundesratsverordnung festgestellt

wurden, ebenso wird dies in Bezug auf 6 Malerwerkstätten der Regierungsbezirke Lüneburg und Stade festgestellt, ohne daß aber Bestrafungen deswegen stattgefunden haben dürften; wenigstens wird aus diesen beiden Regierungsbezirken hierüber nichts berichtet. Bei der Revision der Maler- und Anstreicherwerkstätten des Regierungsbezirks Minden wurden Verstöße gegen die Bekanntmachung in größerer Anzahl festgestellt, was in 9 Fällen zur Bestrafung der Meister führte. Sehr bemerkenswert sind die Ausführungen des Gewerbebetriebs für den Regierungsbezirk Wiesbaden, wonach nur in solchen Betrieben die Verordnung einigermaßen zur Durchführung gelangte, in denen diese Arbeiten im Zusammenhange mit einem anderen Gewerbe ausgeführt werden. In den anderen Anlagen, das ist also in den eigentlichen Maler-, Anstreicher- und Lackiererwerkstätten macht dies, wie der Gewerbebetriebs wörtlich ausführt, große Schwierigkeiten, da die Arbeiter meistens auswärts beschäftigt werden und eine Revision der ständig wechselnden und den Gewerbeaufsichtsbeamten unbekanntem Arbeitsstellen kaum möglich ist. Nach den Klagen, welche den Gewerbeinspektionen zugegangen oder in der Presse veröffentlicht sind, scheint es aber, daß auf den Neubauten den Arbeitern nur selten ein geeigneter Raum zum Aufbewahren der Kleider und zum Waschen zur Verfügung gestellt wird. Aus den Kreisen der Unternehmer wird darüber geklagt, daß bei Neubauten die Bereitstellung eines solchen Raumes oft auf Schwierigkeiten stößt, die um so größer werden, je mehr sich die Arbeiten ihrem Ende nähern.

Auch in den Anstreicherwerkstätten selbst wurden formelle und sachliche Uebertretungen der Verordnung festgestellt. Mehrfach fehlte ein sauberer Platz zum Einnehmen der Maßzeiten und eine brauchbare Wascheinrichtung. Als Nagelbürsten wurden von einigen Meistern große Scheuerbürsten vorgezeigt. Das Anrühren von Bleifarben in den Werkstätten selbst konnte in keinem Falle mehr festgestellt werden. Bleiweiß oder andere Bleifarben wurden stets angerieben vorgefunden. Mehrfach wurden auch Lithopone und Zinkweiß als Ersatz für Bleiweiß benutzt. Zinkweiß soll sich, wie endlich anerkannt wird, auch zu Anstrichen eignen. Bleimerkblätter wurden bei den Arbeitern nur selten gefunden, gleichwohl wird nach Angabe einiger älterer Arbeiter doch sehr großer Wert auf Sauberkeit und Reinlichkeit gelegt, da die Arbeiter sich der Gefahr, die ihnen droht, mehr bewußt werden. Auch andere Inspektorenberichte betonen die Schwierigkeit der Durchführung der Verordnung.

Der Gewerbebetriebs für den Regierungsbezirk Oppeln glaubt feststellen zu können, daß die Verwendung von Bleifarben im Maler- und Anstreichergewerbe zurückgehe. Weiter bezeichnet er es als einen Fortschritt, daß von denjenigen Betrieben des Bezirkes, die überhaupt noch Bleifarben verarbeiten, die Mehrzahl die Farben im angeriebenen Zustande erhält. Die Malerinnung in Ratingen hat ebenso wie andere schlesische Innungen im Jahre 1906 beschlossen, kein Bleiweiß mehr zu verwenden und sie hat diesen Beschluß, wie durch Anfrage ermittelt wurde, auch, nach den Angaben des Gewerbebetriebs wenigstens, durchgeführt. Der Beamte fährt dann in seiner Darstellung fort und bemerkt, daß die Meinungen darüber, ob Bleiweiß für den Eisenbahnwagenbau entbehrt werden kann, noch immer nicht geklärt zu sein scheint. Jedenfalls weichen die Ansichten der preussischen und der badischen Eisenbahnverwaltungen von einander ab. Eine Anweisung des preussischen Eisenbahnzentralamtes vom 23. September 1907 lautet folgendermaßen: „Nachdem durch langjährige eingehende Versuche nunmehr festgestellt ist, daß ein vollgültiger Ersatz von Bleiweiß in unglühigen Farben, insbesondere Lithopon- und Mineralweiß, nicht gefunden ist, ersuchen wir ergebenst, beim Anstrich von Holz- und anderen Teilen der Eisenbahnwagen in Zukunft vorgenannte Farben nicht weiter zu verwenden.“ Dagegen hat die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen erklärt, daß in ihren Werkstätten seit dem

1. Januar 1906 Bleiweiß nur noch in sehr beschränktem Umfange verwendet wurde. Seit Anfang dieses Jahres (1907) darf Bleiweiß überhaupt nicht mehr verwendet werden, als Ersatz gilt das giftfreie Patentweiß.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Durchführung der Bundesratsbekanntmachung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, weil es, wie der Doppelner Gewerbebetriebs richtig bemerkt, nur in vereinzelten Fällen gelungen ist, in den Malerwerkstätten Arbeiter anzutreffen, mehrfach waren die Werkstätten sogar verschlossen. In den auswärtigen Arbeitsstellen der Maler unterbleibt häufig die Beschaffung der erforderlichen Waschgeräte und Reinigungsmittel. Eine Ueberwachung durch die Aufsichtsbehörden ist schwer. Auch für den Regierungsbezirk Siegmaringen wird konstatiert, daß die Ausübung der Kontrolle außerordentlich erschwert wird durch das Arbeiten außerhalb der Werkstätten.

Ueber die Bleierkrankungen liegen nur wenige Angaben vor, so wird aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. einer Bleierkrankung in einem Malerbetriebe Erwähnung getan. In der Anstreicherei einer großen Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen in diesem Aufsichtsbereich wurden bei einer gemeinschaftlichen Besichtigung auf Veranlassung des Kreisarztes mehrere Maler als Bleierkrankverdächtig zeitweise von der Beschäftigung ausgeschlossen. Im allgemeinen meint der Aufsichtsbeamte tritt in den Anstreicher- und Lackiererwerkstätten das Bestreben hervor, die Verwendung bleihaltiger Farben nach Möglichkeit einzuschränken. Nach den Krankenlisten der Abteilungen eines größeren Werkes des Regierungsbezirkes Arnberg, in welchen Anstreicher- und Lackierarbeiten ausgeführt werden, ist festgestellt worden, daß unter den beschäftigten 83 Arbeitern eigentliche auf Bleiwirkung zurückzuführende Erkrankungen nach den ärztlichen Befunden nicht aufgetreten sind, dagegen war bei 23 Arbeitern ein Bleisaum am Zahnfleisch festgestellt, der nur in 2 Fällen von leichteren Komplikationen (Herzbeschwerden) begleitet war. Von der Ortskrankenkasse in Wiesbaden wurde der Gewerbeinspektion mitgeteilt, daß im Jahre 1907 unter ihren Mitgliedern 28 Fälle von Bleierkrankungen vorgekommen waren, gegenüber 22, die im Jahre 1906 ärztlich behandelt wurden. Während im Vorjahre weniger wie die Hälfte der Fälle (10) und weniger als in den Buchdruckereien (11) in den Maler- und Anstreicherwerkstätten vorgekommen waren, waren im Jahre 1907: 19 der 28 Fälle solche, die bei Malern und Anstreichern konstatiert wurden. Von einer Wirksamkeit der Bundesratsverordnung ist in diesen Bahnen nichts zu bemerken. Wäre es auch vorzuziehen, so müssen sie doch ernsthafte Bedenken erregen und im Zusammenhange mit der fast vollständig fehlenden Gewerbeaufsicht zu dem Schluß verleiten, daß die Bundesratsbekanntmachung leider nicht in der Weise und mit der Wirkung durchgeführt wird, die in Aussicht gestellt wurde.

## Die britischen Malerverbände im Jahre 1907.

Für den englischen Malerverband (National Amalgamated Society of Operative House and Ship Painters) war das Jahr 1907 weniger ungünstig als das vorhergegangene. Während 1906 eine Abnahme der Mitgliederzahl von 16 542 auf 16 519 eintrat, stieg sie 1907 wieder, und zwar auf 17 377 (oder um 858). Die Zahl der Ortsgruppen vermehrte sich von 286 auf 290. Die Ortsgruppe in Worthington hörte zu bestehen auf. Aus dem Finanzbericht ist zu entnehmen, daß auch 1907 die Ausgaben wieder höher waren als die Einnahmen, doch ist das Defizit nicht so bedeutend gewesen wie 1905 und 1906. Die Gesamteinnahmen des Verbandes beliefen sich auf 43 236 £ 9 s (864 729 M); davon kamen 40 684 £ 15 s (813 696 M) oder 94 Proz. des Betrages aller Einnahmen auf Mitgliederbeiträge und Strafgebühren, 28 £ 6 s



(15 966 M) auf Beitrittsgebühren, 840 £ 15 s (16 815 M) auf Vermögenszinsen usw. Die Gesamtausgaben betragen 44 038 £ 10 s (880 770 M), die waren um 802 £ höher als die Einnahmen. Der Vermögensbestand des Verbandes ging von 39 923 £ (789 460 M) auf 39 121 £ (782 420 M) zurück. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungen an Mitglieder 35 179 £ (703 580 M), auf Unterstützungen an andere Organisationen 49 £ 6 s (986 M), auf Gehälter und Entschädigungen der Zentral- und Ortsgruppenfunktionäre, Kosten von Versammlungen, Sitzungen und Delegationen 4161 £ (83 220 M), auf Porto und Telegramme 345 £ 19 s (6919 M), auf ärztliche Zeugnisse 242 £ 16 s (4856 M), Drucksachen und Schreibmaterial 772 £ 4 s (15 444 M), Rechnungsprüfung 335 £ 2 s (6702 M), Miete, Steuern usw. 705 £ 14 s (14 114 M), Rechtsschutz 379 £ 16 s (7596 M), Beiträge an den allgemeinen Verband der Gewerkschaften 499 £ 1 s (9981 M), an die Arbeiterpartei 151 £ 5 s (2025 M), an den Verband der Schiffbauergewerkschaften 10 £ (200 M) usw. Hierbei ist 1 £ mit 20 M bewertet.

Die Geldmittel des Verbandes wurden von den unterstützungsbedürftigen Mitgliedern stark in Anspruch genommen; besonders die Ausgaben für Arbeitslose sind wieder sehr hoch gewesen, obzwar etwas geringer als im Vorjahr. Die Aufwendungen für Unterstützungs Zwecke werden in der Tabelle veranschaulicht.

	1907	1906
	Beträge in £ (à 20 M)	
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	24845	25937
Krankenunterstützung . . . . .	5870	5845
Ablebenunterstützung . . . . .	1750	1877
Altersunterstützung . . . . .	1114	960
Notsfallunterstützung . . . . .	203	244
Streik- u. Aussperr.-Unterstützung . . . . .	337	81
Unfallunterstützung . . . . .	1060	960
Unterstützung an andere Organisationen . . . . .	49	12

Die Zahl der Mitglieder, die Altersunterstützung beziehen, ist im Laufe des Jahres 1907 von 64 auf 78 gestiegen; diese Unterstützung kostete pro Mitglied 1,3 s (ebensoviele Mark), die Arbeitslosenunterstützung erforderte pro Mitglied 28,6 s, die Krankenunterstützung 6,8 s, die Ablebenunterstützung 2 s. Höhere Beträge als 1906 wurden im letzten Jahr ausgegeben für Krankenunterstützung, Altersunterstützung, Unfallunterstützung, Streikunterstützung und für Unterstützung an andere Organisationen.

Die Bewilligung zur Durchführung von Bewegungen, um die Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verbessern, wurde mehr als zwei Dutzend Ortsgruppen erteilt. Lohnerhöhungen erzielten die organisierten Maler in Liverpool (1/4 Penny oder etwa 2 3/4 pro Std.), Bolton (1/2 Penny), Stockport (1/2 Penny) und in einigen anderen Orten. Mehrere Bewegungen sind noch nicht abgeschlossen. An der englischen Nordostküste sperrten die Unternehmer etwa tausend Verbandsmitglieder aus, hauptsächlich um eine Lohnreduktion durchzuführen. Der

zur Beilegung des Streites eingesezte Schiedsrichter entschied aber, daß die Arbeitsbedingungen unverändert zu bleiben haben. Die Aussichten auf erfolgreiche Durchführung von Lohnbewegungen sind keine guten, weil der flaute Geschäftsgang anhält.

\* \* \*

Der schottische Malerverband (Scottish Amalgamated Society of House and Ship Painters) nahm im Jahre 1907 nur um 6 Mitglieder zu, nämlich von 3019 auf 3025. Die Zahl der Ortsgruppen stieg wieder von 34 auf 35. Die Gesamteinnahmen machten die Summe von 3257 £ 15 s (65 155 M) aus; sie verteilen sich wie folgt: Regelmäßige Beiträge 2690 £ 1 s (53 801 M), Extrabeiträge 157 £ 1 s (3141 M), Beitrittsgebühren 243 £ 12 s (4872 M), Strafen 18 £ 16 s (376 M), Vermögenszinsen 87 £ 6 s (1746 M) usw. Die Gesamtausgaben waren um rund 17 £ höher als die Einnahmen, sie betragen 3275 £ 2 s (65 502 M) und es entfielen davon auf Unterstützungen an Verbandsmitglieder 1466 £ 14 s (29 334 M), Rechtsschutz 22 £ 9 s (449 M), Beiträge an andere Organisationen 28 £ 10 s (570 M), Gehälter und Delegationen 805 £ 12 s (16 112 M), Miete, Porto, Drucksachen usw. 518 £ 17 s (10 377 M), sonstige Ausgaben 433 £ (8660 M). Für Arbeitslosenunterstützung und Ablebenunterstützung wurde 1907 mehr, für Notsfallunterstützung der gleiche Betrag, für die anderen Unterstützungen weniger ausgegeben als 1906; es erforderte:

	1907	1906
	Beträge in £ (à 20 M)	
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	168	152
Krankenunterstützung . . . . .	104	110
Ablebenunterstützung . . . . .	243	174
Unfallunterstützung . . . . .	70	110
Notsfallunterstützung . . . . .	33	33
Streik- u. Aussperr.-Unterstützung . . . . .	848	850
Unterstützung and. Organisationen . . . . .	28	74

Die Streikunterstützung verurteilte dem schottischen Malerverband höhere Kosten als jeder andere Unterstützungs Zweig (5,6 s pro Mitglied). Ueber 700 £ wurden allein in Kilmarnoch für Streikunterstützung ausgegeben, der Streik mußte aber nach neunmonatiger Dauer ohne Erfolg aufgegeben werden. Neue Streiks oder Lohnbewegungen von nennenswerter Bedeutung kamen im Jahre 1907 in Schottland nicht vor. — Die Aufwendungen für Arbeitslose sind deshalb so gering (168 £), weil nur die Mitglieder der Beitragsklasse C, deren Zahl im Dezember 1907 379 betrug, auf diese Unterstützung Anspruch haben; im Durchschnitt kamen auf ein Mitglied der Klasse C 8,9 s an Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Das Ausmaß der Arbeitslosenunterstützung ist beim schottischen Verband niedriger (7 s in der Woche) als beim englischen Verband (10 s), die Unterstützung wird für eine kürzere Zeit gewährt (6 gegen 10 Wochen) und nur vom November bis Anfang Februar, während sie der englische Verband vom November bis Anfang März auszahlt.

### Mehr Arbeitsfreudigkeit!

Unter dieser Ueberschrift finden wir in der „Goldarbeiter-Zeitung“ einen Artikel, der sehr beachtenswerte Wahrheiten enthält, weshalb wir ihn auch unseren Kollegen zur Kenntnis bringen. Es heißt dort:

„Wenn ein Heer ins Feld geführt wird, um das Vaterland und die heimische Kultur gegen einen andringenden Feind zu verteidigen, so wird es mit den besten Angriffswaffen und Verteidigungswaffen versehen, es wird auch in jeder Hinsicht gut versorgt, damit es über die nötige Widerstandskraft verfüge, um seine Sache zum Siege führen zu können. Jeder gute Heerführer weiß aber, daß das noch nicht genügt, um einen Sieg zu erringen, daß es dabei im Gegenteil sehr viel mit auf den Geist der Truppen ankommt, die man ins Feld führt. Man nennt das die Moralität, womit der Begeisterungsschwung des Soldaten gemeint ist, der ihn zu den größten Entbehrungen und Opfern, zur Einhebung seiner ganzen Person, zur Nichtachtung der schlimmsten Gefahr anreizt, um seine Sache zum Siege zu führen. Fehlt es einer Truppe an Begeisterung, so werden auch die besten Kampfmittel ihr kein Uebergewicht über den Feind geben und ein Sieg ist unmöglich.“

Nicht viel anders im gewerkschaftlichen Kampf. Sicher kommt es viel darauf an, daß man über tüchtige Kampfmittel, über starke Fonds, eine gut disziplinierte Kampfschar, mit einem Worte, über eine leistungsfähige straffe Organisation verfügt, daß man den richtigen Zeitpunkt und das passende Kampfmittel wählt, will man einen Sieg erringen. Aber auch hier ist doch mit die Vorbedingung des Erfolges ein guter Kampfesgeist der im Kampfe stehenden Arbeiter. Begeisterung für die Sache der proletarischen Befreiung, Opferwilligkeit bis zum äußersten und Arbeitsfreudigkeit sind nun einmal nötig, um den wirtschaftlichen Kampf siegreich führen zu können. Man kann sagen, daß Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit im wirtschaftlichen, richtiger im gewerkschaftlichen Kampf notwendige Voraussetzungen des Erfolges sind als im blutigen Klingen der Nationen. Hier ist der Wille des Soldaten bei der Organisation des Heeres von nur geringer Bedeutung, und es spielt deshalb eine mehr nebensächliche Rolle, ob der Soldat außerhalb des Feuers, im täglichen Drill, mit Herz und Hand bei der Sache ist, oder ob er innerlich teilnahmslos, lediglich seine Pflicht tut. Hauptsache bleibt hier doch immer, daß der Soldat im Feuer steht, daß er vor dem Feind dem Heerführer unbedingt folgt, der Gefahr nicht achtend. Im gewerkschaftlichen Kampfe werden weit höhere Anforderungen an den einzelnen Kämpfer gestellt. Hier kommt es schon bei den vorbereitenden organisatorischen Arbeiten sehr darauf an, daß der gewerkschaftliche Soldat ganz bei der Sache, für sie begeistert ist, soll eine gute Organisation, ein starkes und erfolgreiches Kampfmittel geschaffen werden. Denn die gewerkschaftlichen Kader werden nicht wie die militärischen durch gesetzlichen Zwang gebildet, sie bilden sich durch freiwillige Rekrutierung. Die Größe und Leistungsfähigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation wird deshalb wesentlich davon abhängen, ob auch alle ihre Glieder von Begeisterung für die gewerkschaftliche Sache durchdrungen sind.

Eine Gewerkschaft wird sich ausdehnen, wenn sie von einem guten Geiste besetzt ist. Jedes ihrer Mitglieder wird dann zum eifrigen Agitator seiner Organisation. Und diese Agitation, die von Begeisterung getragen ist, hat viel mehr Ueberzeugungskraft, und sie hat bei der Masse der indifferenten Arbeiter

## Maler Frühling.

Von Ernst Preczang.

Er kam aus fernem Sonnenland,  
Ein brauner Bursch', juchhei!  
Erng einen Pinsel in der Hand  
Und Farben allerlei.  
Er trieb vorm warmen Winde  
Mit aufgeblähtem Rock  
Und einer Platterbinde  
Gar lustig über Stein und Stock.  
Und sang und sang dabei:  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Ich bin der lustigste Maler  
Von Anbeginn der Welt.

Schief sah der Gut ihm auf dem Ohr,  
Auf seinen Locken, juchhei!  
Doch fröhlich blickten d'runtervor  
Der schönsten Augen zwei.  
Zwar schelte an der Weste  
Ihm mancher runde Knopf,  
Doch vollgefüllt aufs beste  
War ihm sein großer Farbertopf.  
Er schwang und schwang ihn: Si,  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Der liebedürftigste Maler  
Von Anbeginn der Welt.

Auf einer Wiese ging er hin,  
Die war so grau, o weh!  
Da warf er seinen Pinsel hin,  
Und es verging der Schnee.  
Die letzten weißen Spuren  
Sah er als Sterne blüh'n,  
Und malte auf die Blumen  
Noch laufend and're rot und grün.  
Und sprang und sprang dabei:  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Ich bin der beste Maler  
Von Anbeginn der Welt.

Im Garten, Adler wie im Wald,  
In Teich und Sumpf und Moor  
Rief unser Maler affobald  
Ein buntes Bild hervor.  
Gemälde auf Gemälde  
In unerhörter Pracht  
Lag leuchtend in der Sonne  
Und in dem Silberglanz der Nacht.  
Der Winter ist vorbei!  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Ich bin der fleißigste Maler  
Von Anbeginn der Welt.

So wandert er von Ort zu Ort  
Mit seinem Kopf, juchhei!  
Und spritzte hier und spritzte dort  
Und traf doch nie vorbei.  
Verschwend'riß'ich goß die Farben  
Hinaus er in das Land,  
Ließ nicht ein Fleckchen darben,  
Wo nur ein armes Hälmchen stand.  
Ging nirgend stolz vorbei: —  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Ich bin der reichste Maler  
Von Anbeginn der Welt.

Da grünt in einem Fenstertopf  
Ein kümmerlich Gewächs,  
Der Maler streichelt ihm den Kopf  
Und gab ihm einen Alex.  
„O, weh' ein herlich Blühen!“  
Ein Mädel schaut heraus,  
Das sah den Maler stiehen,  
Stieh einen Fenster aus.  
Nimm dich in Acht, Marei!  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Ich bin der schönste Maler  
Von Anbeginn der Welt.

Und himmeln geht um Hof und Haus  
Er zu der Hintertür;  
In Winkeln voller Schmutz und Graus  
Pufft er ein Leuchten für.  
Wald alext er rot, bald gelbe,  
Wald blau und karmesin,  
Und finstere Gewölbe,  
Die werden wieder licht und grün.  
Und's klingt und klingt dabei:  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Der ewigjunge Maler  
Von Anbeginn der Welt.

Der Friedhof liegt in heller Nacht;  
Es leuchten Kreuz und Stein;  
Der Maler hat nicht mehr gelacht,  
Still ging er durch die Beth'n.  
Mit sanften, weisen Händen  
Strent er die Farben aus,  
Güt'ich dann langsam wenden  
Und schritt gemach zum Tor hinaus.  
Sang leise, leif' dazu:  
Nun hat En'r Auge Ruh.  
Der Tod löst alle Freude  
Und dunkel wird die Welt. —

Doch als die Sonne purpurrot  
Dem blauen Meer entstieg,  
Da war vergessen Nacht und Tod,  
Da rief er jauchzend: Sieg!  
Wie duftet der Solunder!  
Er sprang auf einen Baum:  
O Wunder über Wunder!  
Nun liegt die Welt im schönsten Traum!  
Und piff und sang dabei:  
Ich bin ein Maler, juchhei!  
Ich bin der größte Maler  
Von Anbeginn der Welt. —



weit mehr Erfolg, als eine gelegentliche Werbearbeit, die man pflichtgemäß verrichtet, ohne daß man mit Herz und Hand bei der Sache ist. Jedermann fühlt sich hingezogen zu dieser Organisation, die von so brüderlichem Geiste beherrscht ist, wo einer es dem anderen zuvorkommen möchte, wenn es gilt, für die gewerkschaftliche Sache opfervolle Arbeit zu leisten. Und jeder neugewonnenene Kämpfer stellt sich freudig in Reih und Glied, um dieser Sache zu dienen, die so viele Tausende und aber Tausende von Arbeitsschreibern über ihre tägliche Misere ihrer Proletariatsexistenz hinaushebt, mit Begeisterung erfüllt zum Kampfe um eine bessere Zukunft. Einer solchen Organisation kann es nicht fehlen; sie wird wachsen, blühen und gedeihen; sie wird ihren Einfluß ausdehnen auf einen immer größeren Personenkreis, sie wird an innerer Festigung gewinnen, sie wird im gewerkschaftlichen Kampfe unter den schwierigsten Verhältnissen den Erfolg an ihre Fahnen fesseln.

Das trifft auf unseren Verband so gut zu als auf andere Gewerkschaften. Man muß sich aber manchmal zweifelnd fragen, ob es denn in unserer Organisation an manchen Orten nicht an der Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für unsere Sache fehlt.

Derlei Stimmungen traten früher in unserem Verbandsleben auch da und dort gelegentlich in die Erscheinung, doch nie in dem Maße wie jetzt. Heute gehört es bei manchem Kollegen zum guten Ton, in Verstimmlung wider den Verband zu machen. Das macht sich dann bald genug im inneren Verbandsleben störend bemerkbar.

Da haben einige ganz tüchtige Kollegen es sich in den Kopf gesetzt, in neuer und neuester Taktik zu machen. Es ist eine ganz persönliche, ganz neue Taktik, die nicht leicht zu verstehen ist, und die deshalb nur wenig Billigung findet. Die Sache klappt natürlich nicht so, wie es die neuen Taktiker weise berechnet hatten, was selbstverständlich nur Schuld der Gegner dieser Taktik war. Wenn diese Gegner dann noch mit der Verbandsleitung identisch sind, dann um so schlimmer, dann wird mit der Verbandsleitung kräftig Abrechnung gehalten, was natürlich nicht erhebend auf das Verbandsleben wirkt.

An anderen Orten wieder hat man die Auffassung, daß in gewissen Zeiträumen gestreift werden müsse um jeden Preis. Die Situation ist zwar für eine Lohnbewegung nicht besonders günstig, die schlechte Geschäftslage wie auch die gedrückte Stimmung der Mehrzahl der Kollegen müßte bei fühlbarer Ueberlegung schon von selbst ein Vorgehen verbieten. Man läßt es aber auf die selbstverständliche Ablehnung des Streikgedrängs durch den Vorstand ankommen, um dann in hohen Tönen gegen die bureaukratische Verbandsleitung zu Felde zu ziehen. Die Ablehnung des Streikgedrängs durch den Vorstand war ja das einzig Richtige, das sehen die verständigen Kollegen auch ein, nicht aber die Unverständigen, die eine durchaus vernünftige Handhabung der Verbandsleitung gerade zum Anlaß einer unfruchtbaren Kritik am Verband nehmen. Die Folge davon ist wieder Verstimmung gegen den Verband bei vielen Kollegen.

Wieder andere Zahlstellen haben bei Beschlußfassung über die Lokalbeiträge und die lokalen Unterstützungsrichtungen in kurzschichtigem Bewilligungseifer die Unterstützungen viel zu hoch bemessen, so daß die örtliche Organisation aus den finanziellen Schwierigkeiten nicht mehr herauskommt. Die Mitglieder müssen natürlich für die Folgen ihrer leichtsinnigen Beschlüsse selbst aufkommen, das verstimmt wieder nur und führt zu unnütigen Verurteilungen über den Verband, der an all diesen Dingen doch keine Schuld trägt.

Auf diese und ähnliche Weise wird nach und nach an einzelnen Orten die Arbeitsfreudigkeit im Verband untergraben. Gewisse gewerkschaftsfeindliche Tendenzen, die von organisationsfremden Elementen in die Organisation hineingetragen werden, geringfügige oder pessimistische Beurteilung der Gewerkschaftstätigkeit, kleinliche Hezereien gegen die Gewerkschaftsbeamten und anderes tun dann ein übriges, um die Verstimmung gegen den Verband zu nähren.

Das alles fügt unserer Organisation schweren Schaden zu. Je eher und je tatkräftiger dieser Mißstimmung gegen den Verband, die jeder tieferen Begründung entbehrt, entgegengetrieben wird, um so besser für die Gesamtsolidarität. Mögen jene Kollegen, die ernsthafte Einwendungen gegen die Verbandsleitung vorzubringen haben, ihrem gepreßten Herzen auf dem Verbandsstag Luft machen, mögen sie endlich aber davon abkommen, die tägliche Verbandsarbeit mit ihrer verderblichen, kleinlichen und kurzschichtigen Kritik zu erschweren. Mögen sich die Kollegen bei allem, was sie tun, ihrer großen Verantwortung für den Verband bewußt sein, dann werden wir über Verstimnungen in unserer Organisation nicht mehr zu klagen haben und bald wird wieder die rechte Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für unsere Sache alle Mitglieder beherrschen. Vergessen wir nie, daß wir nur dann vorwärts kommen und Erfolge erzielen, wenn alle unsere Kollegen im Verband freudig mitarbeiten. Wirken wir deshalb allenfalls der schädlichen Stimmungsmacherei entgegen, damit wieder ein besserer Geist in den Verband einziehe, zum Wohle der Gesamtkollegenchaft."

### Das erste Gesetz Österreichs gegen die Verwendung bleibaltiger Farben.

Dem Kampf unseres österreichischen Bruderverbandes um Schutz gegen die Bleivergiftungsgefahr in unserem Gewerbe hat die österreichische Regierung ein anerkennenswertes Verständnis entgegengebracht. Im August 1907 wurde von ihr den Meisterkorporationen wie auch dem Vorstand unserer Bruderorganisation der provisorische Vorklaus einer zu erlassenden Verordnung zur Begutachtung und etwaigen Verbesserung zugehickt. Unsere Kollegen haben darauf in einer unter Mitwirkung von Ärzten sorgfältig verfaßten Eingabe die Notwendigkeit eines gänzlichen Verbotes der Verwendung aller bleibaltigen Farben begründet und für den Fall der Ablehnung dieses Standpunktes eine Anzahl von Abänderungen und Verbesserungen vorgebracht. Das nun am 15. April 1908 erlassene Gesetz bringt zwar noch lange nicht das, was die Gehilfenchaft zu fordern berechtigt und verpflichtet ist, immerhin

ist mit diesem Gesetz die erste wichtige Etappe auf dem Wege zur Bekämpfung der gewerblichen Bleivergiftung in Oesterreich erklommen. Durch das gesetzliche Verbot der Verwendung von Bleifarben für Innenanstriche geht Oesterreich allen anderen Staaten voran. Unsere österreichischen Kollegen werden nun dafür zu sorgen haben, daß die Bestimmungen des Gesetzes strengstens durchgeführt werden. Keine Lanze darf hier platzgreifen, denn die Erfahrungen mit der ganz ungenügenden Bundesratsverordnung in Deutschland haben uns gelehrt, daß die Unternehmer sich den Teufel um die Gesetzesvorschriften kümmern, wenn nicht die Gehilfen selbst jederzeit auf dem Posten sind und ihre Rechte wahrzunehmen verstehen. Auch die österreichischen Anstreichermeister werden zum Teil versuchen, Schiedungen vorzunehmen, wenn sie Bleiweiß verarbeiten lassen und diesem vorzuziehen, muß Aufgabe unserer Kollegen sein, damit dem Verbote der Bleiverwendung für Innenanstriche bald das Verbot für Außenarbeiten folgen muß. Nicht vergessen hervorzuheben wollen wir auch, daß die Wiener Anstreichermeister gegen das von unseren Kollegen geforderte Bleifarbenverbot, soweit es sich um Innenanstriche handelte, nichts einzuwenden hatten, ja zum Teil diese Forderung mit Wärme verteidigten.

Nachstehend bringen wir den Wortlaut des neuen Gesetzes:

**Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern vom 15. April 1908, womit Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der mit gewerblichen Anstreicher-, Lackierer- und Malerarbeiten beschäftigten Personen erlassen werden.**

#### I. Besondere Vorschriften für gewerbliche Betriebsstätten und Arbeitsräume.

**§ 1.** In gewerblichen Betriebsstätten müssen jene Räume, welche für die Vornahme von Anstreicher-, Lackierer- und Malerarbeiten mit Verwendung von Bleiweiß oder bleibaltigen Verbindungen bestimmt sind, soweit es sich um Neuanlagen handelt, den Erfordernissen der Ministerialverordnung vom 23. November 1905, Nr. 176, genügen. Soweit bestehende Anlagen in Betracht kommen, müssen dieselben entsprechend geräumig, gut ventilierbar und heizbar sein. In allen Fällen sind die bezüglich der geschlossenen Arbeitsräume mit fugenfreiem, leicht waschbarem Wand- und Bodenbelag zu versehen. Diese Arbeitsräume sind rein zu halten und hat die Reinigung stets auf nassem Wege und nach Schluß der Arbeit zu erfolgen.

**§ 2.** Die gewerblichen Unternehmer sind, sofern in den nach § 1 zu beurteilenden Anlagen mehr als 20 mit Anstreicher-, Lackierer- und Malerarbeiten beschäftigte Arbeiter verwendet werden, verpflichtet, diesen Arbeitern in den Betriebsstätten eigene heizbare Wasch- und Ankleideräume mit zur Verwahrung der Kleidungsstücke versehenen Einrichtungen sowie Speiseräume zur Verfügung zu stellen und für die stete Reinhaltung dieser Räume Sorge zu tragen.

#### II. Besondere Betriebsvorschriften.

**§ 3.** In Anstreicher-, Lackierer- und Malergewerben sowie in allen jenen Gewerben, in denen Anstreicher-, Lackierer- und Malerarbeiten gewerbemäßig vorgenommen werden, sind bleibaltigen Farben und Mitten nur in solchen Gefäßen und Behältnissen in Verwahrung und Verwendung zu nehmen, auf welchen in wahrnehmbarer und verständlicher Weise die Bleihaltigkeit des Inhaltes ersichtlich gemacht ist.

**§ 4.** Die gewerbemäßige Verwendung von Bleiweiß oder sonstigen bleibaltigen Farben und Mitten zu Innenanstrichen ist untersagt.

Als Innenanstriche im Sinne dieser Verordnung haben jene Anstriche zu gelten, welche nach ihrer dauernden oder vorzugsweisen Gebrauchbestimmung den Einflüssen der Witterung nicht unmittelbar ausgesetzt sind.

Das im Abs. 1 enthaltene Verbot findet keine Anwendung auf Arbeiten, welche die Herstellung des ersten Grundanstriches bei der Ausführung rein weißer Anstriche auf ebensolchen alten bleibaltigen Anstrichen oder die Herstellung von Anstrichen in Räumen, in welchen der Anstrich häufig der Einwirkung von Wasser- oder anderen Dämpfen ausgesetzt ist, zum Gegenstande haben.

Ausnahmsweise kann die Gewerbebehörde unter Festsetzung der sonst gebotenen Vorsichtsmaßnahmen die Verwendung der im Abs. 1 erwähnten Präparate auch zum Innenanstriche auch dann gestatten, wenn es sich um die Ausführung von Arbeiten handelt, welche sonst der heimischen Industrie entgehen würden.

**§ 5.** Sofern die gewerbemäßige Anwendung von Bleiweiß oder bleibaltigen Verbindungen im Sinne der Vorschriften des § 4 bei der Durchführung von Anstreicher-, Lackierer- und Malerarbeiten zulässig bzw. zugelassen erscheint, dürfen zu diesen Arbeiten Frauen und jugendliche Hilfsarbeiter nicht herangezogen werden.

Dieses Verbot findet, soweit jugendliche Hilfsarbeiter in Betracht kommen, auch bezüglich der Arbeiten zur Reinigung der im § 1 erwähnten Räume sowie der in § 8 erwähnten besonderen Arbeitskleider Anwendung. Die Reinigung der Arbeitskleider hat stets auf nassem Wege zu erfolgen.

Eine Ausnahme gilt in Ansehung von jugendlichen Lehrlingen, die das 14. Lebensjahr bereits vollendet haben, insoweit, als die Heranziehung derselben zu den im ersten Absätze erwähnten Arbeiten zur vollständigen Erreichung des Lehrzieles erforderlich ist. Doch darf auch diese Heranziehung im ganzen nicht länger als 6 Wochen ausmachen.

**§ 6.** Hilfsarbeiter, von denen dem Arbeitgeber bekannt ist, daß sie an Bleivergiftung erkrankt sind, dürfen nur nach ärztlich festgestellter Wiedergenehung und Signung zu gewerblichen Arbeiten, bei welchen Bleiweiß oder bleibaltige Verbindungen Verwendung finden, zu diesen Arbeiten, desgleichen zur Reinigung der im § 1 erwähnten Arbeitsräume sowie der im § 8 erwähnten besonderen Arbeitskleider neuerlich herangezogen werden.

**§ 7.** Das Restloshalten oder Vermaalen von Bleiweiß und von bleibaltigen Verbindungen sowie das Röhren derselben mit Öl oder Firnis hat nicht mit der Hand, sondern nur mit mechanischen Vorrichtungen zu erfolgen, und zwar in der Art, daß hierbei ebenso wie bei dem Einfüllen und Um-

füllen der bleibaltigen Materialien die Arbeiter gegen die Staubeentwicklung hinreichend geschützt sind und kein Staub in die Arbeitsräume gelangen kann. Doch kann im Bedarfsfalle ein wöchentliches Quantum von 3 kg Mehlige und von höchstens 0,5 kg anderer Bleifarben mit Ausnahme von Bleiweiß von dem einzelnen Arbeiter mit der Hand angerieben werden.

Das Abschleifen und Abhimsen trockner, bleibaltiger Anstriche oder Mitten darf nur nach vorheriger Anfeuchtung erfolgen. Der Schleisschaum oder die beim Abschleifen entstehenden Abfälle sind noch in feuchtem Zustande zu entfernen.

Bei Bauten müssen die im § 4 Abs. 3 und 4, erwähnten Arbeiten, sofern sie nicht im Freien vorgenommen werden, in abgeordneten Räumen erfolgen, in welchen deutlich ersichtlich gemacht sein muß, daß hier mit Bleiweiß oder bleibaltigen Verbindungen gearbeitet wird.

**§ 8.** Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, daß sich die Arbeiter, welche mit Bleiweiß oder bleibaltigen Verbindungen arbeiten, einer besonderen Arbeitskleidung und Kopfbedeckung bedienen, welche entsprechend gereinigt sein müssen. In gewerblichen Unternehmungen mit mehr als 20 Arbeitern hat der Unternehmer den betreffenden Arbeitern die entsprechende Arbeitskleidung und Kopfbedeckung beizustellen und für die regelmäßige Reinigung derselben vorzusehen.

Ferner hat der Unternehmer den mit Bleiweiß und bleibaltigen Verbindungen beschäftigten Arbeitern Wasser (zum Trinken und zum Waschen), Waschgefäße, Bürsten, Seife und Handtücher in entsprechender Menge und Beschaffenheit zur Verfügung zu stellen.

Desgleichen hat der Unternehmer den mit Bleiweiß und bleibaltigen Verbindungen beschäftigten Arbeitern bei Verrichtungen mit größerer Staubeentwicklung Respiratoren beizustellen.

**§ 9.** In den den Hilfsarbeitern beigegebenen Wohn- oder Schlafräumen dürfen Bleiweiß oder bleibaltige Verbindungen weder aufbewahrt, noch darf daselbst mit diesen Materialien manipuliert werden.

**§ 10.** Die mit Bleiweiß und bleibaltigen Verbindungen beschäftigten Arbeiter sind verpflichtet, die ihnen beigegebene Arbeitskleidung und Kopfbedeckung bestimmungsgemäß zu benutzen und sich der beigegebenen Respiratoren bei allen mit größerer Staubeentwicklung verbundenen Arbeiten zu bedienen.

Diese Arbeiter haben sich vor den Essenspausen und bei Schluß der Arbeit Gesicht, Mund und Hände gründlich zu reinigen.

Ferner haben sich diese Arbeiter auf den Arbeitsplätzen des Gemisses gebrannter geistiger Getränke und des Tabaks (Pigarren, Pigaretten, Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak) zu enthalten und dürfen Speisen und Getränke, deren Aufbewahrung in den Arbeitsräumen strengstens untersagt ist, nur in den bestimmten Essenspausen außerhalb der Arbeitsräume und, wo hierfür absonderte Räume vorhanden sind, nur in diesen verzehren.

#### III. Vorschriften über die besondere Aufsicht.

**§ 11.** In den Arbeitsräumen, in welchen mit Bleiweiß oder bleibaltigen Verbindungen gearbeitet wird, ist diese Verordnung an leicht zugänglicher Stelle anzuschlagen und stets in leserlichem Zustande zu erhalten.

Jedem Arbeiter, der zu Arbeiten mit Bleiweiß oder bleibaltigen Verbindungen herangezogen wird, ist bei Eintritt des Arbeitsverhältnisses ein Exemplar des als Beilage dieser Verordnung abgedruckten Merkblattes unentgeltlich auszuliefern und es sind die betreffenden Arbeiter in ein besonderes Verzeichnis einzutragen.

Der Arbeitgeber hat dafür Sorge zu tragen, daß die in den vorangehenden Absätzen erwähnten Arbeiter bei Vorkommen der ersten Anzeichen von Miederkrankungen sofort an den Kasernenarzt gewiesen werden.

In Betrieben, welche mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, hat der Arbeitgeber dafür Sorge zu tragen, daß die mit Bleiweiß und bleibaltigen Verbindungen beschäftigten Arbeiter mindestens alle 3 Monate von einem Arzte auf die Anzeichen etwa vorhandener Miederkrankungen untersucht werden.

In diesen Betrieben ist in die nach Abs. 2 zu führenden Verzeichnisse seitens des untersuchenden Arztes die jedesmalige Vornahme der ärztlichen Untersuchung sowie deren Ergebnis einzutragen.

Diese Verzeichnisse sind den staatlichen Aufsichtsorganen auf Verlangen vorzuweisen.

#### IV. Strafbestimmungen.

**§ 12.** Die Uebertretungen dieser Verordnung werden, soweit dieselben nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen oder als Uebertretungen der Gewerbeordnung zu ahnden sind, nach der Ministerialverordnung vom 30. September 1857, Nr. 6.-M. Nr. 198, der Strafamtshandlung zugeführt.

#### V. Wirksamkeitsbeginn.

**§ 13.** Diese Verordnung tritt am 1. April 1909 in Wirksamkeit.

#### Die Lehrlingszuchterei und die Gewerkschaften.

Seit Jahrzehnten beschäftigen sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der Lehrlingsfrage, wobei sie zwei Forderungen stellen: erstens sollen die Lehrlinge eine tüchtige Ausbildung für ihren zukünftigen Beruf mit auf den Weg bekommen und zweitens soll eine Ueberfüllung des Gewerbes durch eine Massenproduktion von Lehrlingen vermieden werden. Beide Forderungen liegen nicht nur im Interesse der Arbeiter der betreffenden Branche, sondern auch die Unternehmer haben ein Interesse daran, daß geregelte Verhältnisse herrschen. In vielen Mittel- und Kleinstädten steht die Lehrlingszuchterei in unserem Berufe in schönster Blüte und welche ungünstigen Verhältnisse sich hieraus entwickeln, dürfte unseren Kollegen wohl bekannt sein. Man sollte deshalb meinen, daß die Unternehmer die Bestrebungen der Gewerkschaften in dieser Richtung unterstützen würden. Das ist aber nicht der Fall, wie aus



einem Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ deut- lich hervorgeht:

„Der Arbeitgeber“, so heißt es dort, „hat zweifellos die Pflicht und ein Interesse daran, seinem Gewerbe und seinem Unternehmen den erforderlichen Nachwuchs zu erhalten. Die Gewerkschaften dagegen streben mit allen Mitteln darauf hin, durch Verminderung des erforderlichen Nachwuchses das Angebot zu verringern, um so ein Steigen der Löhne zu erreichen. Je größer das Angebot von gelernten Kräften ist, um so weniger werden die Arbeit- geberorganisationen in die Lage kommen, bei Kämpfen mit den Gewerkschaften in der Lohn- und Arbeitszeitsrage, die neben einigen anderen dem Nachteil der sozialdemokrati- schen Gewerkschaften entspringenden Fragen immer noch den Kardinalpunkt aller Friedensverhandlungen nach Aus- bruch einer Differenz bilden, nachgeben zu müssen. Bei ihrem Bestreben, die Lehrlingszahl zu vermindern, wählen die Gewerkschaftsführer als schlaue Taktik natürlich den geeigneten Zeitpunkt. Kurz vor Entlassung der jungen Leute aus der Schule erscheinen in allen den Gewerk- schaften nahestehenden Blättern Aufsätze, welche die Eltern in der übertriebendsten Weise warnen, ihren Jun- gen einem bestimmten Gewerbezug zuzuführen. Und zwar wird diese Taktik nicht nur von denjenigen Gewerk- schaften verfolgt, deren Mitglieder zu den weniger gut entlohnerten Arbeitern gehören, sondern gerade die Gewerk- schaften der bestgelohnten Arbeiter gehen in dieser Bezieh- ung am rücksichtslosesten vor. Würden die Eltern alle diese erlassenen Warnungen beherzigen, dann würde es aus- schließlich dahin kommen, daß entweder einige ganz wenige Berufe überfüllt würden und damit das Angebot über und über groß würde, oder das Heer der ungelerten Arbeiter würde sich dermaßen vergrößern, daß die Gewerkschaften genötigt wären, nunmehr vor dem Eintritt in die unge- lernten Berufe zu warnen, und den Eltern zu empfehlen, ihre Söhne wieder in die gelehrten Berufe unterzu- bringen. Leider gewähren sogar Tageszeitungen, die den Anspruch darauf machen, nationalgesinnt und unparteiisch zu sein, den Warnungsartikeln der Gewerkschaften Auf- nahme und leisten damit dem verwerflichen Vorgehen der Gewerkschaften Vorkampfbienste.“

Man kann es den Unternehmern nachfühlen, wie schwerlich es ihnen ist, daß die Arbeiter irgend eines Gewerbes bestrebt sind, die Lehrlingszählerei, wie sie von verschiedenen Ausbeutern betrieben wird, wenigstens etwas einzuschränken. Jeder, der etwas kaufen will, will natürlich eine große Auswahl von Waren vorfinden, jeder, der etwas verkaufen will, wird dagegen wenig Freude daran haben, wenn er sieht, daß der Markt überfüllt ist. So geht es auch auf dem Arbeitsmarkte: der Unternehmer freut sich, wenn er eine reiche Auswahl von Arbeitskräften vorfindet, dem Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkaufen will resp. muß, ist nicht damit gebiet, weil er nunmehr weniger Gelegenheit hat, seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Das sind wirtschaftliche Gegenätze, die von der kapitalistischen Gesellschaft untrennbar sind. Auf dem Warenmarkte beobachten wir immer mehr das Bestreben, die einstmal so vielgerühmte freie Konkurrenz durch Unter- nehmerkartelle einzuschränken — warum will man es also den Arbeitern verargen, wenn sie mit Hilfe der Gewerkschaften auf dem Ar- beitsmarkte das gleiche Bestreben haben? Aber auch hier gilt der Grundsatz: Wenn zwei daselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe.

Der Artikelschreiber der „Arbeitgeber-Zeitung“ greift zur Illustrierung seiner Ausführungen die Gewerkschaft der Lithographen und Steinbrucker heraus, die sich in einer Broschüre mit der Lehrlingsfrage befaßt hat. Diese Broschüre lautet — wenn man dem Scharfmacherfult glauben darf — an Verdrehungen und Entstellungen geradezu Unglaubliches. Es wird darin behauptet, daß Wochen- löhne von 15 bis 18 M keine Seltenheit seien, trotzdem in Berlin ein Minimallohn von 21 M festgesetzt ist. Daß dieser Minimallohn für kleinere Städte entsprechend nied- riger ist, ist ganz selbstverständlich, aber unter 18 M stellt er niemals. Erweist der ausgelernte Lehrling sich wirk- lich als tüchtig, so hat er die beste Aussicht, daß sein Lohn schnell steigt. Wochenlöhne von 40 bis 50 M sind für wirk- lich gute Kräfte fast zur Regel geworden. Oberlithographen und Obermaschinenmeister beziehen natürlich einen weit höheren Lohn.“

Das Wandern, die hohen Löhne, die in Ausnahmefäl- len bezahlt werden, als Lockvögel hinzustellen zum Wimpelzug, ist zu bekannt, als daß wir nach ein Wort darüber verlieren wollen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen nennt es der Artikelschreiber eine abgeschmackte „Taktik“, daß man vor irgend einem Gewerbe warnt mit der Begründung, daß das betreffende Gewerbe im Niedergange begriffen sei. Und „ein ganz besonders zu verurteilender Exid der Ge- werkschaften“ ist es, seiner Meinung nach, wenn sie auf die Gesundheitschädlichkeit der fraglichen Branche hinweisen. Nach der Meinung des Unternehmers sind ja alle Berufs- zweige sehr gesund — selbstverständlich für die, die andere Leute in diesem Gewerbe arbeiten lassen. Man mag ja darüber streiten, ob es praktisch ist und Erfolg verspricht, wenn seitens einer Gewerkschaft die Eltern der schulen- lassenden Kinder vor dem betreffenden Gewerbe gewarnt werden — irgendwo müssen doch die Kinder bleiben! — erklärlich ist es aber, wenn sich eine Gewerkschaft gegen die Überflutung der Branche zur Wehr setzt. Dieser ge- sunden Egoismus sollte am allerwenigsten von Leuten ver- urteilt werden, die dem kapitalistischen Grundsatze huldigen: Erst komme ich und dann komme ich noch einmal und dann kommt ihr aubern noch lange nicht!

Mit einem großen Aufwand von stiltlicher Entrüstung wendet sich der Artikelschreiber gegen das Bestreben der organisierten Arbeiter, einen Einfluß auf die Heranbil- dung von Lehrlingen zu gewinnen. Er schreibt diesbe- züglich: „Den Gipfel aller Annahmen bedeutet aber die Forderung der Gewerkschaften, daß die Ausbildung der Lehrlinge Sache der Arbeiter sein müsse. Es wird nament- lich darauf hingewiesen, die betreffenden Prinzipale seien in der Regel Kaufleute, die von dem Gewerbe überhaupt nichts verstehen. Was der Gewerkschaftler unter Er- ziehung des Lehrlings versteht, darüber braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Der Lehrling soll natürlich ein tüchtiger Gewerkschaftler werden, d. h. er soll möglichst viel verdienen und möglichst wenig arbeiten. Daß sich die Gewerkschaftsführer als hervorragende Pädagogen fühlen, geht daraus hervor, daß sie ähnlich wie auf dem Gebiete des Erziehungswe- sens „Elternabend“ veranstalten. Aus einem Bericht des „Vor-

wärts“ vom 10. April geht hervor, daß die Lehrlingskom- mission der Berliner Lithographen und Steinbrucker die Eltern der Lehrlinge zu einer Zusammenkunft einlad, um sie über die „Verhältnisse im Steinbruckergewerbe“ auf- zuklären. Diese Aufklärung war natürlich weiter nichts als eine Propaganda für die Gewerkschaft. Alle die in der Broschüre aufgestellten Behauptungen wurden nochmals in verbesserter Auflage vorgebracht, schließlich sollten die Lehrlinge gewonnen werden für eine von der Gewerkschaft ein- gerichtete „Lehrlingsabteilung“. Die Lehrlinge sollen nur 10 M pro Woche zahlen, die Gewerkschaften leisten den nö- tigen Zuschuß. Der Bericht im „Vorwärts“ fährt u. a. wie folgt fort: „Hier wird auf die gute fachliche Ausbildung der Lehrlinge geachtet; sie erhalten die nötige Aufklärung über die Stellung des Arbeiters im Wirtschaftsleben, ohne daß sie mit der Politik in Berührung gebracht werden, man gewährt eine Krankenunterstützung sowie Rechts- schutz. Man ist bereit, ihnen in jeder Beziehung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.“ Die in der Versammlung anwesenden Eltern müssen es wohl als eine Beleidigung angesehen haben, wenn hier behauptet worden ist, die Lehrlinge würden nicht mit der Politik in Berührung gebracht. So naiv werden doch die Eltern nicht sein. Und in welcher Weise die Gewerkschaft dem Lehrling in Rat und Tat zur Seite stehen wird, das wissen alle die, die in der Praxis stehen. Wird der Lehrling nicht mit Beendigung der Lehrzeit Mitglied der Gewerkschaft, dann hört dieser „Rat“ von selbst auf, und der Lehrling bekommt nunmehr die „Tat“ zu sehen, d. h. den mit allen Schlitzen ausge- übten Terrorismus der Gewerkschaften.“

Auf das Terrorismus-Geschwätz, das ja niemals fehlen darf, gehen wir nicht ein weil es zu dünn ist. Die Idee, wie sie in den Logen. Elternabenden zum Aus- druck kommt, finden wir sehr gut und nachahmenswert. Und daß die Scharfmacherpresse dagegen anbellt, zeigt erst recht für die Nichtigkeit der Idee. Wann wäre wohl etwas geschehen, was den Arbeitern zum Heil dient, ohne daß es von den Scharfmachern und Scharfmacher- kulis mit Schmutz beworren wurde?!

### Heraus mit den Lohnlisten!

Der Reichsligewerbandsgeneral Liebert hat eine Rede, die er wegen des Schlußes der Debatte im Reichs- tage nicht vom Stapel lassen konnte, als Flugblatt drucken und verbreiten lassen, in dem er unserem Genossen Horn vorwirft, daß er die Lage der Glasarbeiter, entgegen der Wahrheit, als schlecht geschildert habe. Er (der General) schreibe die Wahrheit über die Löhne der Glasarbeiter. Er führt die Namen der Arbeiter an und setzt dahinter, wieviel jeder im Jahre 1906 verdient hat. Um die „Wahr- heit“ festzustellen, bringt er zwar nicht die Namen von den reichlich 8000 Glasarbeitern, sondern ihm genügen 14 Arbeiter! Von diesen 14 haben 5 nicht das ganze Jahr gearbeitet. Die 9 Arbeiter, die das ganze Jahr arbeiteten, haben an Lohn 4228,68 M bis 5000,25 M aus- bezahlt erhalten. Freilich geht hier von der Lohn für einen Gehilfen, der ca. 100 M pro Monat erhält, ab, so daß ein reiner Verdienst von 3000 bis 3800 M oder im Durchschnitt von 3371,17 M bleibt. Herr Liebert bemerkt dazu: „Die vorgenannten Summen sind Nettolöhne, welche an die Tafelglasmacher der Firma Karl Menzel, Dunsau, im Jahre 1906 ausbezahlt wur- den. Die Summen sind dem Lohnbuche entnommen und an die Glasberufsgenossenschaft weitergegeben, mithin authentisch.“

Der Reichsverband steht in enger Verbindung mit dem Zentralverband deutscher Industrieller, an dessen Spitze Sittensbesitzer Popelius aus Baybach, der Vor- sitzende des Verbandes der Glasindustriellen und der Glasberufsgenossenschaft, steht. Liebert hätte also sehr leicht die Lohnliste der ganzen Glasberufsgenossenschaft haben können. Ja, man darf annehmen, daß er weiß, daß im Jahre 1906 an 82188 Glasarbeiter 74 685 908 M Lohn ausbezahlt ist. Diese Zahlen sind dem Reichs- bandsgeneral bekannt, weil sie ihm als Reichstagsabgeord- neten in der amtlichen Druckchrift: „Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1906“ mitgeteilt sind. Nach dieser authentischen amtlichen Zusammen- stellung war 1906 der Durchschnittsverdienst der Glasarbeiter 908,72 M, also noch nicht hundert, wie die Gehilfen der Liebertschen „Musterarbeiter“ er- hielten. Würde unter 10 Glasarbeitern je einer sein, also in ganz Deutschland 82 188, die den von Liebert angegebenen Durchschnittslohn von 3371,17 M haben, und fünf, also 41 090 Glasarbeiter, die den Durchschnittslohn von 908,72 M hatten, dann bleiben noch 32 880 Glasarbeiter, für die noch eine Lohnsumme von 9 550 144 M zur Ver- fügung steht. Es könnte dann von diesen 32 880 Arbeitern jeder einen Jahreslohn von 293,80 M erhalten! Hätte Genosse Horn die Methode Lieberts angewandt und hätte er die Löhne von den 30 000 Glasarbeitern, die am schlec- testen bezahlt sind, angeführt und behauptet, daß die Glas- arbeiter so wenig verdienen wie diese 30 000, dann hätte man ihm mit Recht den Vorwurf machen können, daß er lüge. Liebert stellt es so dar, als sei der Jahresverdienst von 3000 bis 4000 M keine Seltenheit! Er weiß, daß 82 188 Arbeiter zusammen 74 685 908 M erhalten haben! Da ist es völlig ausgeschlossen, daß er ernsthaft glaubt, daß nur ein neunzehnter Bruchteil der Arbeiter einen Lohn von 3000 M erhalten habe! Das glaubt der Herr General auch nicht, er will es nur seinen Lesern glauben machen.

Diese Liebertsche Schwindelmethode, einzelne Arbeits- löhne herauszugreifen und als Normallohne hinzustellen, ist durchaus nicht neu. Wir entnahmen uns, daß die Ham- burger Großredner bei Gelegenheit des großen Hafens- arbeiterstreiks in den bürgerlichen Zeitungen Lohnlisten ihrer Arbeiter veröffentlichten, um der staunenden Welt zu zeigen, welche Meilenlöhne die Arbeiter heutzutage ein- zutreiben. Da las man denn groß und breit, daß es Ar- beiter gibt — welche Namen natürlich — welche es infolge einer Schier über resp. unmenslichen Abzuckerer zu einem Jahreslohn von 2500 M bringen. Leider hatten die Herren Arbeitgeber vergessen, neben der Lohnliste auch zugleich die Arbeitsleistung der betreffenden an- zugeben, d. h. mitzuteilen, wie viel Tage, Nächte und Überstunden dieselben gearbeitet hatten, um die Summe von 2500 M zu verdienen. Jeder Unbefangene sieht auf den ersten Blick, daß durch diese Unterlassung die Sta- tistik außerst unvollständig geblieben ist und einen tendenziösen Charakter bekommen hat. Die Arbeit- geber haben allerdings mitgeteilt, welche Summe sie dem

betreffenden Arbeiter im Jahre gezahlt haben, welche Gegenleistung dieser dagegen geliefert hat, das haben sie wohlweislich vergessen. Da jede Summe, sie mag hoch oder niedrig sein, nur eine relative Bedeutung hat, so sind Leistung und Gegenleistung die beiden Punkte, um die sich die Beurteilung der Lohnhöhe in unserem Falle dreht.

Da die Methode der Hamburger Großredner typisch ist, so wollen wir sie einmal unter die Lupe nehmen. Die Herren hatten bei ihren Veröffentlichungen ganz richtig kalkuliert, indem sie die mangelhafte Logik eines Bour- geois in die Berücksichtigung zogen. Ein richtiger Bourgeois weiß, daß jedes Jahr aus ungefähr 300 Ar- beistagen besteht, und da er in der Schule etwas Mathem- gelernt hat, so sagt er sich ganz richtig, daß ein Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von 2500 M pro Tag 8 M oder pro Woche 48 M verdient. Und das ist — für einen Arbeiter natürlich! — ein ganz schöner Verdienst. Ver- stände nun ein solcher Bourgeois konsequent zu denken, so hätte er sich logischerweise die Frage vorlegen müssen, wie es denn kommt, daß diese selben Arbei- ter einen Streik in Lebensgefahr gerufen haben, worin sie die Festsetzung eines Tagelohns von 5 M als Hauptforderung aufstellen. Ein Tagelohn von 5 M ergibt, nach Adam Riese, einen Wochen- lohn von 30 M und ein Jahreseinkommen von 1500 M. Selbstverständlich muß, wenn letzteres erzielt werden soll, die Arbeit ununterbrochen fortgehen, es dürfen keine Un- terbrechungen, keine ungewollten Feiertage vorkommen, was, nebenbei bemerkt, bei der Arbeit im und am Hafen nur zu häufig der Fall ist. Da es nun nicht gut denkbar ist, daß es Arbeiter gibt, die einen Streik in Szene setzen, um ihr Jahreseinkommen von 2500 auf 1500 M herab- zuziehen, d. h. um etwa 90 M zu erniedrigen, so müßte sich eigentlich selbst der dümmste Bourgeois sagen, daß die Sache irgendwo einen Haken haben wird, oder, mit anderen Worten: daß die von den Arbeitgebern ver- öffentlichten Lohnlisten unzulänglich sein müssen. Und daß sie das wirklich sind, braucht einem Arbeiter nicht erst klar gemacht zu werden, der das System der Akkordarbeit und der Überstunden aus eigener Praxis kennen gelernt hat. Ein Bourgeois aber, der stutzig geworden ist, müßte eigentlich von den Herren Arbeitgebern mehr Aufklärung verlangen, und es ist ein trauriges Zeichen bourgeoisen Denkschwachs, daß bei der Veröffentlichung jener Listen nicht der hundertstimmige Ruf erscholl: „Erklärt uns, Ihr Herren, was hat der Mann für seine verdienten 2500 M geleistet... oder habt Ihr ihm wirklich mehr bezahlt, als er verdient hat?“ Aber nirgends ertönte ein solcher Ruf, es herrschte vor wie nach Stille über den Wassern, und die Bourgeoisie verwarf die sozialistischen über die „be- gehrlichen Arbeiter, deren Unerfättlichkeit ohne Maß und Schranken ist“. 2500 M verdienen und dann noch nicht zufrieden — hu, hu, eine Gänsehaut überließ den biederen Bierbankphilister.

Doch nicht nur in Bezug auf die Qualität zeigte die Veröffentlichung der Arbeitgeber bedauerliche Lücken, son- dern auch bezüglich der Qualität ließ sie viel zu wünschen übrig. Es war nämlich den Herren nicht eingefallen, die Lohnlisten ihrer sämtlichen Arbeiter der Deffentlichkeit zu unterbreiten, sondern nur eine ge- ringe Zahl von Arbeitern hatte die Ehre, mit dem Jahreseinkommen in den Spalten der Zeitungen zu paradiereen. Natürlich die am höchsten bezahlten Arbei- ter — und zwar zur größeren Ehre des Geldsacks und des Gähnen Mammon. Warum hatte man gerade diese her- auszugreifen und veröffentlicht? Lediglich zum Zwecke der Vorspiegelung falscher Tatsachen, lediglich zu dem Zwecke, um dem gläubigen Bourgeoispublikum Sand in die Augen zu streuen. Wenn die Herren Arbeitgeber die Absicht gehabt hätten, den Zeitungslern ein unparteiisches Urteil zu ermöglichen, so hätten sie entweder sämtliche Lohnlisten veröffentlichten müssen, was wohl am besten gewesen wäre, oder wenigstens eine gleiche Anzahl hoher, mittlerer und niedriger Jahreseinkommen, um den Leser in die Lage zu versetzen, sich selbst einen Durchschnittsverdienst daraus zu ziehen. Aber das war ja gar nicht der Zweck dieser Veröffentlichungen, daß sich das Publikum ein objektives Urteil über die Lage der betreffenden Arbeiterkategorie bilden sollte, der Zweck war vielmehr, den biederen Bier- philister gegen die begehrlichen Arbeiter mit den uners- schämten Forderungen einzunehmen. „Sand in die Augen streuen“ ist die Parole und das Zielgeschrei heißt: „Schwinde nur immer flott darauf los, etwas bleibt doch hängen.“

Und wieder hatte die Ausbeutertippe richtig gerech- net und ihre Klassengenossen in Bezug auf Logik und Den- kvermögen richtig taxiert. Die Bourgeoisie fiel auf den vorgeworfenen Köder hinein wie eine Ente auf ein Stück Speck und Jeder, der Gelegenheit hat, in bourgeoisen Kreisen zu verkehren, konnte während des Streiks die Ausrufung hören: „Donnerwetter, verdienen die Arbeiter aber Geld! Zweitausend fünfshundert Mark!... Und da- bei sind die Kerls noch nicht zufrieden!... Können eben den Hals niemals voll kriegen!“ Der biedere Bourgeois entwickelt nämlich folgende Logik: „Der Arbeiter Meber verdient 2500 M, folglich verdienen alle Arbeiter 2500 M ergo ist der Jahreslohn eines Arbeiters 2500.“ Es ist dies die berühmte Bierbanklogik, die sich wohl nirgends so breit macht, wie in dem vielgepriesenen Lande der Dichter und Denker, der Schulen und Kasernen. Was würden die Herren der Bourgeoisie, ein Pöbel und Pant und wie sie alle heißen mögen, sagen, wenn sie ihre Nachkom- men einmal auf ihren Geisteszustand prüften! Ein Mensch- der nur halbwegs logisch zu denken versteht, würde sofort stutzig werden, wenn er die Darstellungsweise der Arbeit- geber beobachtet, die nur die Lohnlisten der am besten bezahlten Arbeiter veröffentlichten und die Löhne der anderen verschweigen, ein richtiger Bourgeois dagegen mit dem harmlosen Kindergehirn merkt nichts davon. „Selig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmel- reich!“ Ich für für meine Person möchte nur wünschen, daß ein solcher „Geistesarmer“ einmal ein halbes Duzend zubeiheriger Arbeiter nach ihrem Jahreseinkommen fragte, er würde dann ganz andere Zahlen zu hören bekommen als 2500 M. Oder noch besser, er müßte selbst einmal ein Jahr lang Arbeiter spielen und den Versuch machen, das „Meilenlohn von 2500 M“ zu verdienen.

Aber noch einen dritten Punkt verweise ich bei der Veröffentlichung der Arbeitgeber. Um ein objektives Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen zu bekommen, wäre es nötig gewesen, daß die Herren auch ihr Jahreseinkommen nebst der dafür geleisteten



Jahresarbeit der Doffentlichkeit wahrheitsgetreu mitgeteilt hätten. Daß sie dies unterlassen haben, muß jedem Unbefangenen höchst verdächtig vorkommen; unwillkürlich steigt uns der Verdacht auf, daß sie ihre bestimmten Gründe hierfür gehabt haben. Diese Gründe aufzudecken, kann uns nicht schwer fallen. Hätten die Herren ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild ihrer eigenen Lage gegeben, so würde sich bald herausgestellt haben, daß sie für sehr wenig produktive Arbeit ein unhältnismäßig hohes Einkommen beziehen, daß sie also dasjenige sind, was man Parasiten, Schmaroher am Gesellschaftskörper nennt. Und dies ist den Herren sehr unangenehm.

Wenn wir nun von diesem speziellen Falle zur Allgemeinheit übergehen, so können wir den Herren nur dankbar sein, daß sie die Unregung gegeben haben zu einer Einrichtung von sozialer Bedeutung. Aus diesem Grunde haben wir uns gerade mit diesem Vorgange beschäftigt. Wir erlauben uns also, folgenden Vorschlag zu machen: Alljährlich veröffentlicht die Arbeitgeber aller Branchen die Lohnlisten der bei ihnen beschäftigten Arbeiter nebst der für den Lohn geleisteten Arbeitszeit, zugleich teilen sie auch ihr Einkommen nebst Arbeitsleistung mit. Eine solche Einrichtung, die natürlich in Bezug auf Wahrheit und Objektivität einer genauen Kontrolle unterstehen müßte, wäre von eminenter Wichtigkeit für die Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Damit wäre jedem Unbefangenen die Möglichkeit gegeben, zu beurteilen, auf welcher Seite die „Begehrlichkeit“ zu suchen ist; dadurch wäre zugleich solchen einseitigen Urteilen, wie man sie selbst vom Ministerium im Reichstage zu hören gewohnt ist, der Boden entzogen worden. Ein unparteiischer Beobachter der heutigen sozialen Zustände müßte eine solche Einrichtung mit Freuden begrüßen und selbst ein ehrlich denkender Kapitalist, der ein gutes Gewissen hat, könnte in dieser Forderung nichts Unbilliges erblicken. Aber werden sich die Arbeitgeber hierauf einlassen? Nie und nimmer — freiwillig wenigstens niemals! Und warum nicht?

Ganz einfach deshalb, weil die Herren kein gutes Gewissen haben und die althergebrachte Vogel-Strauß-Politik der Politik des offenen Wölfers vorziehen. Sie wollen nicht im Lichte der Doffentlichkeit kämpfen, sondern maulwurfsähnlich gegen die Verbesserung ihrer Lage eintretenden Arbeiter intrigieren und mürren. Wenn ihre Waffen nicht das Licht der Doffentlichkeit zu scheuen haben, wenn sie eine gerechte Sache zu vertreten haben, warum vertriehen sie sich hinter leeren Ausflüchten, warum verhandeln sie hinter verschlossenen Türen? Sie müssen doch wohl ihren Vorteil darin sehen, werden es aber niemandem verbenden können, wenn er auf den Gedanken kommt, daß eine Sache, die das Licht scheut, keine gerechte Sache ist. Das System Sand in die Augen zu streuen beweist uns, daß das Kapital nicht für die Allgemeinheit und das Gemeinwohl, sondern lediglich für den trassen Egoismus und das nackte Geldbeutelinteresse kämpft.

Die Arbeiterklasse vertritt die Sache der Gerechtigkeit und kämpft für das Wohl derer, die Menschenantlicht tragen. Die Arbeiter haben keine Heimlichkeiten, sie sind sehr gern bereit, ihren Verdienst vor der ganzen Welt offen darzulegen, weil sie wissen, daß dies nur zum Vorteil für sie ausfallen kann und weil sie ferner überzeugt sind, daß das Bloßlegen ihrer elenden sozialen Lage der erste Schritt zur Besserung ist. Ein Schrei der Entrüstung würde die Welt durchhallen, wenn man einmal zahlenmäßig klarlegen wollte, in welcher jämmerlicher Weise die produktive Arbeit entlohnt wird und welche erbärmlichen Löhne Tausende und Millionen von Arbeitern zu führen gezwungen sind. Andererseits aber würde sich das Gerechtigkeitsgefühl mancher Menschen aufbäumen, wenn er Kenntnis erziele von den Mieselöhnen, welche die Herren Kapitalisten einstreichen und von der Arbeit, welche sie der menschlichen Gesellschaft dafür leisten. Und ein etwas kritisch veranlagtes Gemüt könnte interessante Vergleiche ziehen zwischen der Schwierigkeit des Lohnarbeiters, für sich und seine Familie den Lebensunterhalt zu erwerben und der Leichtigkeit, mit welcher die Kapitalisten diese Aufgabe lösen; ein solcher Vergleich wäre sehr lehrreich und anspornend, denn er würde den Beweis erbringen, daß in der heutigen Gesellschaft diejenigen am miserabelsten, entlohnt werden, welche die schwierigsten, unangenehmsten und aufwendigsten Arbeiten verrichten, daß dagegen Denjenigen das meiste Geld in den Schoß fällt, die am wenigsten resp. garnicht arbeiten.

Darum rufen wir den Herren Kapitalisten aller Orte zu: „Herans mit den Lohnlisten, mit unseren und eueren! Gebet der Doffentlichkeit kund, wie viel unfer Arbeitslohn und euer „Entbehrungslohn“ beträgt!... Dann mag die Welt urteilen, auf welcher Seite die Begehrlichkeit zu Hause ist.“

### Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach: Ansbach, Erlangen, Saan-Münden und Böhmed.

#### 2. Bezirk.

Saan-Münden. Der Streit dauert unverändert weiter. Die Meister lehnen jedes Entgegenkommen ab. Recht eigenartig unter das Verhalten der einzelnen Meister einen an, wenn sie jetzt erklären, sie wüßten eigentlich gar nicht, warum die Gehälften streiken. Demnach zu schließen, hatte also der Vorstand der Innung seine Mitglieder gar nicht über die verschiedenen Verhandlungen, insbesondere nicht die letzte, an der ihr Gauvorstand Herr Hansen teilnahm, unterrichtet. Doch solch kleinliche Kamuffmittel können auf die Streikenden, die fest entschlossen sind, den Kampf fortzusetzen, bis die Arbeitgeber zur Einsicht kommen, daß es für sie vernünftiger ist, zu verhandeln, keinen Einfluß ausüben. Trotzdem die Herren Herrn Hansen gegenüber erklärten, sich dem Berliner Schiedsspruch nicht zu fügen und lieber aus dem Arbeitgeberverband auszutreten, hatten sie den Mut, nach Cassel zu schreiben und einen dortigen Meister, der 5 streikende Kollegen aus Saan-Münden beschäfligt, aufzufordern, diese Kollegen zu entlassen. Der Casseler Meister lehnte natürlich dieses eigenartige Ansuchen ab.

Merkwürdige Ränze, diese Mündener Meister. Sie selber kennen keine Solidarität und Disziplin — indem sie

den Berliner Schiedsspruch ablehnen — verlangen dies aber von anderen Menschen. Daß sie mit einem solchen Ansuchen kein Glück hatten, beweist, daß bis zum Schluß der zweiten Streikwoche bereits 21 Kollegen abgereist und anderweitig in Arbeit gebracht waren. Im Streit befinden sich noch 17 Verbeiratete und 4 Ledige.

In Neunkirchen (Bez. Trier) wurden die Forderungen: 10stündige Arbeitszeit, 48 A für Gehälften über 20 Jahre und 44 A für solche unter 20 Jahren eingereicht. Die Meister hielten es nicht für notwendig, dem Verbands darauf eine Antwort zu geben. In den Kollegen von Neunkirchen wird es nun liegen, daß sie dieser Mißachtung durch die Meister in der gebührenden Weise entgegengetreten und sich durch geschlossenes Vorgehen das eringen, was man ihnen heute noch vorenthält.

In Bülbingen i. Oberhessen wurden Forderungen eingereicht. Es ist an der Zeit, daß auch endlich hier Schritte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage getan werden. Auch in Cronberg i. T. wurden den Arbeitgebern im Laufe der letzten Woche Forderungen übermittelt.

Die Beiträge im 2. Bezirk sind nunmehr für 11 Lohngebiete abgeschlossen und geben die Lohnverhältnisse in diesem folgendes Bild:

Lohngebiet	Bisheriger tariflich festgelegter Stundenlohn		Festgelegter Stundenlohn für 1908		Festgelegter Stundenlohn ab 1. 1. 1909	
	unter 20 Jahren	über 20 Jahre	unter 20 Jahre	über 20 Jahre	unter 20 Jahre	über 20 Jahre
	Coblenz . . . . .	—	—	35	41	35
Darmstadt . . . . .	32	44	33	45	34	46
Frankfurt a. M. . . . .	41	52	42	53	43	54
Friedberg . . . . .	—	—	—	—	—	—
Rauheim . . . . .	32	42	34	44	34	44
Hanau . . . . .	34	43	35	44	36	45
Hamburg . . . . .	35	45	36	46	37	47
Höchst . . . . .	—	—	40	49	41	50
Offenbach . . . . .	35	46	37	48	38	49
Soden . . . . .	—	—	34	44	35	45
Wiesbaden . . . . .	—	—	37	48	38	49
Worms . . . . .	—	—	33	43	33	43

Anstatt der 6 Orte, in denen vor der Ausperrung Tarifverträge bestanden, sind es nunmehr 11, in denen nunmehr ein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis besteht. Die schon früher zum Teil heftig umstrittenen Orte: Höchst, Wiesbaden und Worms sind endlich in die Reihe der tariffreundlichen Städte eingereiht.

#### 3. Bezirk.

In Nendeburg kam es zu einem Tarifabschluß unter Weibehaltung der 10stündigen Arbeitszeit. Der Stundenlohn wurde von 43 auf 45 A erhöht. Ab 1. April 1909 tritt eine weitere Lohnerhöhung von 2 A ein, die übrigen Nebenbestimmungen fanden gleichfalls Annahme.

In Güttrow sträubten sich die Arbeitgeber, überhaupt ein Tarifverhältnis einzugehen. Nach dem Schiedsspruch in Berlin mußte nun dort die Arbeitszeit, die bisher noch 10 1/2 Stunden betrug, zunächst auf 10 Stunden reduziert werden. Bei den Verhandlungen hat man auch dort nur 2 A Lohnerhöhung zugestanden. Die Unparteiischen halten alle geforderten Arbeitszeitverkürzungen abgelehnt mit der Begründung, daß diese eine weitere erhebliche Lohnerhöhung bedingen, was bei den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen nicht auf durchführbar sei. Nachdem man nun andernteils aber bestimmt hat, daß dort, wo die Arbeitszeit noch mehr als 10 Stunden beträgt, diese auf 10 Stunden festzusetzen ist, so ergibt sich daraus, daß in solchen Orten auch mit einer „erheblicheren“ Lohnerhöhung gerechnet werden mußte, weil sonst für die Gehälften keine Erhöhung ihres Verdienstes eintritt.

In Nienburg ist nach dem Schiedsspruch eine Lohnerhöhung von 2 A bewilligt und beträgt der Stundenlohn 42 A für Gehälften unter 20 Jahren 37 A. Weil die Einreichung der Forderungen nicht rechtzeitig geschähen war, hat man eine Verständigung dadurch herbeigeführt, daß die Lohnerhöhung mit dem 1. Juli d. J. erst in Kraft tritt.

In Dornhausen ist es bedauerlicherweise noch zu keinem Resultat gekommen. Man hat nach den bisher gezahlten Löhnen den Durchschnittslohn festgesetzt, die Gehälftenhaft setzte ihn auf 42 A fest, während die Arbeitgeber nur 41 A als maßgebend anerkennen wollten. Bei den Verhandlungen, an denen auch der Gauvorsitzende Wenner teilnahm, hat man dem Schiedsspruch eine recht sonderbare Auslegung geben. Vor Ausbruch des Streiks hatten die dortigen Meister ein Angebot von 40 A pro Stunde gemacht, während sie nun selbst zugeben, daß bisher höhere Löhne gezahlt wurden. Nunmehr beruft man sich auf Biffer 3 des Schiedsspruches, „daß da, wo Lohnerhöhungen herrenschriftlich oder mündlich angeboten, diese maßgebend sind, ganz gleichgültig, ob diese angenommen oder abgelehnt wurden.“ Nunmehr möchten die Malermeister von Dornhausen ihre Lohnreduzierung noch als eine Lohnerhöhung darstellen und versuchen, den Schiedsspruch so auszulegen, daß das, was zugestanden ist, maßgebend sein muß. In der Begründung des Schiedsspruches wird aber gesagt — und das dürfte doch der Verbandsleitung bekannt sein — es soll in den unter Biffer 3 des Schiedsspruches behandelten Gebieten überall mindestens eine Lohnerhöhung von 2 A durchgeführt werden. Es haben bereits mehrere Malermeister damit gedroht, aus dem Arbeitgeberverband auszutreten, wenn nunmehr noch ein Tarifvertrag abgeschlossen wird. Es bleibt nun abzuwarten, welche Stellung der Vorstand des Gauverbandes hierzu einnimmt.

In Schleißwig war bereits bei den Vorverhandlungen das Zugeständnis gemacht worden, den tariflich festgelegten Stundenlohn von 43 auf 48 A zu erhöhen. Der bisher noch strittige Punkt bildete die Arbeitszeitverkürzung. Nachdem durch den Schiedsspruch dieses erledigt war, kam es auf obiger Grundlage zu einer Verständigung.

In Wismar hatten die Meister zunächst darüber beschlossen, ob auf Grundlage des Vertragsunters ein neues Tarifverhältnis geschaffen werden sollte. Nachdem man dem zugestimmt hatte, wurde bei den Verhandlungen das Angebot von 45 A pro Stunde gemacht. Man wollte aber noch für Gehälften unter 20 Jahren einen Stundenlohn von 40 A festlegen. Letzteres wurde von der Gehälftenhaft abgelehnt, weil für eine solche Fassung nur diejenigen Meister eingetreten waren, die niemals Gehälften beschäftigten. Auf Grund dieses haben erneut

Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem anderen Resultat geführt haben.

In Göttingen wird von mehreren Meistern der Standpunkt vertreten, „was nicht im Tarif steht, hat für uns auch keine Gültigkeit.“ Bei den Verhandlungen wurde nur ein geringes Angebot von 1 A pro Stunde gemacht, diese Lohnerhöhung sollte aber allgemein eintreten, auch für diejenigen, die bisher schon einen höheren — als im Tarif festgelegten Stundenlohn — verdienten. Grund dieses wurde dem Tarif überhaupt nur zugestimmt und weil verschiedene Meister sich nun sträubten, diesen Abmachungen nachzukommen, hatte eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Kollegen Platz gegriffen, um so mehr, als andere Meister wiederum versuchten, die Junggehälften mit einem geringeren Stundenlohn abzufinden.

Nach Rücksprache mit dem Vorstand des dortigen Arbeitgeberverbandes darf nunmehr wohl erwartet werden, daß die Angelegenheit geregelt wird. Der Vorstand zeigt das reblliche Bestreben, daß das, was beschloss ist, auch zur allgemeinen Anerkennung gebracht wird. Da der Tarif mit dem 1. April in Kraft getreten ist, hat jeder die Differenz nachzahlen, wie es die übrigen Meister auch getan haben.

#### 5. Bezirk.

In Böhmed sind sämtliche Werkstellen mit Ausnahme der Werkstelle Karl Robertstadt gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen dieses zu beachten und Böhmed strengstens zu meiden.

Frankenhansen a. Kyff. ist ebenfalls gesperrt.

Wotha. In der hiesigen Waggonfabrik sind sämtliche freivorganisierten Arbeiter in einer Anzahl von 1000 Mann ausgesperrt worden. Die Ursache war die von den seit 14 Tagen streikenden Hilfsarbeitern abgelehnte bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Von neueren Kollegen kommen 70 in Betracht. Zuzug nach Wotha ist streng fernzuhalten.

Böhmed i. Th. Eine besondere Spezies von Unternehmern scheinen unsere hiesigen Arbeitgeber, die sich bei unserer Lohnbewegung in so recht eigentümlicher Weise gezeigt haben, zu sein. Es wird deshalb sicher auch die übrigen Kollegen in Deutschland interessieren, wenn wir näheres hierüber berichten.

Auf unsere, der Innung zugesandten Forderungen wurde uns durch ein Schreiben derselben die Mitteilung gemacht, daß die 11stündige Arbeitszeit auf 10 Stunden herabgesetzt sei, eine Lohnerhöhung könne nicht bewilligt werden. Malermeister Stenmüller hielt aber — noch bevor wir uns zu dem Schriftstück der Innung geäußert hatten — den Zeitpunkt für gekommen, gegen unsere Organisation vorzugehen. Er entließ alle organisierten Kollegen, mußte sich aber vor dem Gewerbegericht dazu bequemen, den entlassenen Gehälften für 14 Tage den Lohn auszusahlen. Auch Herr Arthur Böhm — nebenbei bemerkt ein großer Scharfuwacher in Miniaturausgabe — fühlte sich bemüßigt, seine organisierten Leute zu entlassen, um der Organisation der Gehälften zu zeigen, daß die Böhmeder Arbeitgeber auch Courage haben.

Eine von uns nachgeholte Verhandlung fand dann mit der Innung statt unter Weibehaltung unseres Organisationsvertreters. In dieser Verhandlung wurde unseren Kollegen durch den Obermeister mitgeteilt, daß sämtliche Arbeitgeber in Böhmed jetzt dem Arbeitgeberverband angehören und daß man gewillt sei, auf Grund des Normal-Tarifvertrages einen Tarif mit uns abzuschließen.

Für uns war diese Mitteilung eine Ueberraschung, denn nach dem bisherigen Verhalten und Gebaren der Arbeitgeber konnten wir unmöglich annehmen, daß sie dem Arbeitgeberverbande angehörten. In noch größerem Erstaunen wurden wir versetzt, als man uns mitteilte, daß aber eine Lohnerhöhung nicht bewilligt werden könne. (Die Herren waren jedenfalls von ihrer Zentraleitung schlecht über den in Berlin gefällten Schiedsspruch informiert.)

Nachdem wir die Anerkennung des Tarifs auf einer solchen Grundlage abgelehnt hatten, wurde von den dem Arbeitgeberverbande angehörenden Arbeitgebern der Beschluß gefaßt, die organisierten Gehälften auszusperrten. Am 18. Mai ist denn auch die Ausperrung erfolgt. Eine an demselben Abend stattgefundene Verhandlung, an der auch unser Kollege Mehrhorn-Gotha und eine Kommission der Arbeitgeber teilnahmen, hatte das Ergebnis, einen Tarif zustande zu bringen und zwar — wie wir besonders betonen wollen — zum größten Teil nach den Vorschlägen der Arbeitgeber.

Die daraufhin stattgefundene Versammlung der Arbeitgeber lehnte aber die von diesen gemachten Vorschläge wieder ab und die Geister platzten darauf aufeinander, daß dabei die schöne, prächtige Innung in die Brüche ging. Eine Anzahl der Innungsbrüder erklärten ihren Austritt und der Obermeister — den man im Verdacht hatte, auf Seiten der Gehälften zu stehen (Qu, Hu!) — legte sein Amt nieder. Die Veranlassung zu diesem schrecklichen Ende hatte ein Antrag gegeben, den der kleine Gernegroß Herr Böhm gestellt hatte und nach welchem alle verbeirateten Gehälften für immer ausgesperrt und damit in Böhmed unmöglich gemacht werden sollten. Eine Anzahl der Arbeitgeber versprach sich aber von dieser Schläue und brutalen Politik des Herrn Böhm nicht viel und lehnten deshalb diesen Ausperrungsantrag konsequent ab. Die Folge davon war, Schluß!! (der Debatte und — der Innungsherrschaft!).

Unsere Arbeitgeber, die bisher stolz auf ihre Innung waren haben in ihrer Mitte eine Anzahl Kollegen, die erst ziemlich spät ihr Genie als Maler entdeckt haben und die erst dann dahinter kamen, als Malermeister sich dieser Welt nützlich zu machen, nachdem sie lange Zeit ihr Geldbastei als Hausburche, Fabrikarbeiter und dergl. gekostet hatten. Selbstverständlich mußten diese „Malermeister“ sofort der Innung beitreten, um an der Veredelung und Hebung des Handwerks mitanzuhaken. Wie heiß ist doch in Böhmed um den kleinen Befähigungsnachweis gestritten und gekämpft worden.

Ja, ja, so eine Innung ist doch etwas Schönes.

Aber auch Bildung ist bei unseren „Meistern“ zu Hause. Kommt da am Tage der Ausperrung Malermeister Wilhelm Krappe in das Lokal, wo unsere ausgesperrten Kollegen sich versammelt haben und macht seinem Herzen Luft, indem er den Kollegen zuruft: „Ihr Faulenzler, nicht wollt Ihr mache, unvereens muß arbeite, in de Presse müßt mer Euch harr.“ Nachdem sich nun auch noch andere Arbeitgeber eingefunden hatten, konnten wir einige von Diskussionen sein, bei denen sich die Herren Meister Worte ins Gesicht schenkeren, die ein anständiger und gebildeter Mensch nicht in den Mund nimmt. Bildung,



Anstand und die Böhmer Arbeitgeber?? Wie man von Seiten der Innung bestrebt ist, das Handwerk zu heben und geordnete Verhältnisse zu schaffen, geht aus einer Aeußerung des Malermeisters Herrn Arthur Ruppe jun. — die er in der Verhandlung dem Kollegen Mehrhorn gegenüber tat — hervor. Das junge Innungsbrüderlein (das jedenfalls von der Nippigkeit des Ruppe sen. eine richtige Portion geerbt hat) sagte, als Kollege Mehrhorn auf die Notwendigkeit der Lohnerhöhung hinwies: „Ich nehme mir einige Tagelöhner und die machen mir meine Arbeit für noch geringeren Lohn.“ (Woh! lebe die Kunst! D. V.) Kollege Mehrhorn nagelte natürlich dieses Bekenntnis sofort fest und der junge Herr Ruppe bekräftigte seinen Anspruchs, der jedenfalls seiner Weisheit letzter Schluss war, noch einmal durch Wiederholung derselben Worte.

Die gebildeten Böhmer Arbeitgeber wollen nun von auswärts Arbeitskräfte heranziehen und es wird zu diesem Zwecke gerade von Herrn Arthur Ruppe jun. in einer großen Anzahl hitzkräftiger Wänter annonciert. Jeder Kollege wird wohl nun selbst wissen, daß in diesem Falle die schlauen Böhmer die Rechnung ohne uns gemacht haben. Böhmer ist für Maler und Anstreicher gesperrt.

Ob nun mit der aus dem Leim gegangenen Innung auch der neugegründete Arbeitgeberverband in die Brüche gegangen ist? Wir wissen es nicht. Auf alle Fälle wird aber eine solche Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes nicht als Muster hingestellt werden können.

D, alle Innungsherrschaft,  
Wie halb bist du verschwunden.

7. Bezirk.

Landshtut. Der nunmehr vorliegende Wortlaut des mit 4 Christlichen zusammengestellten Tarifs läßt deutlich erkennen, wie von diesen „Arbeitervertretern“ das Interesse der Kollegenschaft wahrgenommen wird.

Bisher bestand laut Tarif die 1/2stündige Arbeitszeit bei 1/2stündiger Bezahlung. Anstatt diese auf den Stundenlohn umzurechnen, führte man die 1/2stündige Arbeitszeit wieder ein. Bisher erhielten laut Tarif Gehilfen unter 19 Jahren 22 s Stundenlohn, wurde demnach nach Umrechnung und 1 s Aufbesserung 31 s zu zahlen sein; anstatt dessen sollen aber Gehilfen bis zu 20 Jahren 31 s Lohn erhalten. Also eine Reihe von Verschlechterungen sind es, die selbst dem Normaltarif direkt entgegenstehen. Diese Parentthesen, die sonst den Mund gar nicht voll genug nehmen können, haben die Gelegenheit bei den Gelehrten herbeizurufen, um die werktätigen Kollegen selbst um den minimalen Fortschritt, den der Normaltarif in sich faßt, zu pressen. Um dieses durchsetzen zu können, haben sie an Stelle unserer ausgesperrten 13 Mitglieder 4 Christliche untergebracht. Und mit diesen Leuten glauben die Meister, allein Tarife zu vereinbaren und unsere Kollegen davon auszuschließen zu können?

Starnberg. Für den Amtsbezirk Starnberg inkl. Planegg und Gräfelfing wurde ein Gesamttarif abgeschlossen, der 1/2stündige Arbeitszeit und 5 s Lohnaufbesserung auf 2 Jahre verteilt, vorsieht. Damit ist wieder ein Schritt nach vorwärts getan.

In Ansbach sind am 1. Juni die Kollegen in den Streik getreten.

Traunstein. Wer von den Kollegen in diesem schönen Städtchen schon einmal Arbeit angenommen hat und nicht von ganz besonderem Glücke begünstigt wurde, kann sicher ein Lied singen über die Praxis, wie Malergehilfen behandelt werden. Ende der vorigen Woche sollte wieder ein Exemplar an zweien unserer Mitglieder statuiert werden, indem man sie kurzerhand entließ und kein Meister sie weiter beschäftigen durfte. Durch ähnliche Vorgehensweisen hatte man lange genug die dort arbeitenden Kollegen von der Mitgliedschaft zu unserem Verbands ferngehalten; jedoch konnte der Selbsterhaltungstrieb nicht vollständig niedergedrückt werden und so legten am Montag den 25. Mai sämtliche Gehilfen die Arbeit nieder und erklärten sich mit den Gemäßigten solidarisch. Anfangs waren die Meister wie aus den Wolken gefallen und glaubten, ihre gewohnte Diktatur ungehindert fortsetzen zu können. Allein die Beschlossenheit der Gehilfen nötigte ihnen so viel Achtung ab, daß sie trotz heftigster Gegenwehr anfangs nicht nur mit dem Vertreter unserer Organisation verhandeln, sondern auch gleich einen Lohnvertrag zum Abschluß brachten. Es ist also nunmehr auch für Traunstein die längst notwendige Regelung vollzogen. Mögen die Kollegen daraus lernen, den hohen Wert der Organisation zu begreifen und sich dadurch das einmal Errungene hochzuhalten.

Sachter.

Nach der Motorenfabrik Dypel in Müßelsheim a. Main, Gotha (Waggonfabrik) ist Bezug strengstens fernzuhalten.

Der Streik bei der Möbelfirma Schmeß & Diebenbrock in Alten-Essen dauert unverändert fort.

Beiz. Differenzen bestehen bei der Firma Hässelbarth (Kleinstwagenfabrik). Bezug ist fernzuhalten.

Aus unserem Berufe.

Konferenz im 3. Bezirk.

Am Sonntag den 24. Mai tagte im Gewerkschaftshaus in Hamburg eine Bezirkskonferenz, zu der 37 Delegierte aus dem Bezirk erschienen waren. Von Berlin nahmen 6 Delegierte an den Verhandlungen teil, außerdem die Mitglieder der Agitationskommission und vom Hauptvorstand Kollege Tobler.

Die Tagesordnung lautete: Kündigung oder Verlängerung der jetzt ablaufenden Tarife mit Berücksichtigung des letzten Passus im Normaltarif.

Kollege Buch verweist zunächst auf die im Vereins-Anzeiger bekannt gegebenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband im Malergewerbe unter Beteiligung der drei unparteiischen Schiedsrichter in Berlin. Er ersucht die Delegierten, sich hauptsächlich mit dem letzten Passus in der Vorlage zu beschäftigen, um Klarheit darüber zu schaffen, ob wir den Kollegen die Verlängerung der Tarife empfehlen wollen oder nicht. Die allgemeine Geschäftslage im Handwerk sei derartig, daß wir uns durch eine Lohnbewegung resp. einen Streik keine großen Hoffnungen auf nennenswerte Erfolge machen können. Nach der allgemeinen Stimmung, die Mehner in den einzelnen Filialen des Bezirks vorgefunden, sei den Kollegen zu empfehlen, von einer Kündigung der Tarife abzusehen und die Tarife auf ein Jahr zu verlängern.

Die folgende Generaldiskussion war eine sehr lebhaft. Es wurden Stimmen laut, die die Tarife geliebt haben wollten, während andere für die Verlängerung der Tarife auf ein Jahr eintraten.

Die namentliche Abstimmung ergab folgendes Resultat: 24 Kollegen stimmten für Verlängerung der Tarife auf 1 Jahr, 15 Kollegen stimmten dagegen, also für Kündigung der Tarife. 1 Kollege enthielt sich der Abstimmung. Die Berliner Kollegen stimmten nicht mit ab, gaben aber einstimmig die Erklärung ab, für die Tarifverlängerung einzutreten.

Zum Schluß ersucht der Vertreter der Malerarbeitende die Delegierten, mehr wie bisher unter den nichtgelernten Arbeitern in unserem Berufe zu agitieren, damit dieselben dem Verbands als Mitglieder zugeführt würden. Weiter wird noch angeregt, überall da, wo noch keine Beitragserhöhung vorgenommen ist, in den Versammlungen dieses zu diskutieren und den Kollegen zu empfehlen, für die kommenden Kämpfe genügend Geldmittel anzuschaffen, damit wir allen Gewaltmaßnahmen unserer Gegner ruhig entgegenstehen können.

Damit sind die Arbeiten erledigt und tritt Schluß der Konferenz um 5 Uhr ein.

Konferenz für den 1. Bezirk.

Am Himmelfahrtstage, 28. Mai, tagte hier als Fortsetzung der Hamburger Konferenz die der Berliner, einberufen von der Agitationskommission des 1. Bezirks. Die Tagesordnung war dieselbe wie in Hamburg: Kündigung oder Verlängerung der jetzt ablaufenden Tarife mit Berücksichtigung des letzten Passus im Normaltarifvertrag.

Es nahmen an der Konferenz 56 Personen teil; Berlin mit 40, Hamburg mit 3, Brandenburg, Potsdam, Pommern mit je 2 Kollegen, Spandau mit 3, Oberwalde, Fürstentum, Wittenberge mit je 1 Kollegen und der Hauptvorstand durch den Vorsitzenden Tobler.

Kollege Jakobitz hielt das einleitende Referat, das in der Diskussion von den Kollegen Tobler und Buch-Hamburg ergänzt wurde. Von den Diskussionsrednern schlossen sich fast alle den Ausführungen Jakobitz an und erklärten ihr Einverständnis mit der Verlängerung der Tarife auf ein Jahr. Im Uebrigen machte sich eine Missstimmung über den vorliegenden Normaltarif bemerkbar.

Die namentliche Abstimmung ergab, daß 54 Kollegen für Verlängerung der Tarife und 1 Kollege für Kündigung war.

Die Konferenz erreichte um 1/4 Uhr nachmittags ihr Ende.

\*Vernunftfälle. Ein schwerer Unfallsfall ereignete sich am 18. Mai am Brückenbau an der Werke in Nellingen bei Hannover. Unser Kollege Haupt stürzte von einer Balkenlage in Höhe von 6 Metern herunter und erlitt schwere innere Verletzungen. S. mußte mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden. — Am 22. Mai verunglückten 3 Kollegen. Unser Kollege Kaiser stürzte durch Ausrutschen von einer Anlegeleiter 1 Stockwerk herunter. S. verletzte sich Gesicht und Arm derartig, daß Arbeitsunfähigkeit eintrat. Der Kollege Bruns stürzte von der Leiter und erlitt eine Armverletzung. Kollege Schulz stürzte von der Leiter bis ins Kellergeschloß und erlitt schwere Kopfverletzungen, beide sind arbeitsunfähig. — In der letzten Zeit stürzte ein 17jähriger Arbeitsbursche Schön vom Gerüst beim Fassadenanstrich, angeblich durch einen Schwindelfall herunter, so daß der Tod sofort eintrat. Sch. soll noch nicht am Gerüst gearbeitet haben.

Blankenburg a. S., Halberstadt, Queblinburg. Am Sonntag den 24. Mai fand eine Besprechung der tätigen Kollegen aus vorsehenden Filialen in Blankenburg statt. Leider war Wernigerode nicht vertreten. Die Debatte über die Wirkung und Fehler der z. B. bestehenden und die Ausgestaltung der zukünftigen Lohnsätze war für die beteiligten Kollegen eine lehrreiche gewesen. Darauf wurden noch aktuelle Agitationsfragen diskutiert. Die schlechte wirtschaftliche Konjunktur und die Erstarrung der Arbeitgeberorganisationen machen eine öftere Aussprache und ein geschlossenes solidarisches Verhalten aller Berufstätigen dringend nötig. An die rege Besprechung schloß sich ein Ausflug in die Umgebung Blankenburgs an, so daß die Kollegen noch einige gemüthliche Stunden beisammen bleiben konnten. Die nächste Besprechung soll im Juli in Halberstadt sein. Alle Kollegen aus dem Harz sind dazu eingeladen. Solche Veranstaltungen sollen agitatorisch wirken und hoffen wir, daß recht viele Kollegen erscheinen. R. R.

Aus Chemnitz wird uns berichtet: In den beiden letzten Nummern des Vereins-Anzeiger inseriert die Firma Richard Leonhardt-Chemnitz, Schulstr. 6, und sucht 20—30 tüchtige Malergehilfen für dauernd. Dadurch könnte leicht bei den Kollegen in Deutschland die Ansicht Blay greifen, als ob es in Chemnitz recht viel Arbeitsgelegenheit gäbe; dem ist aber nicht so. Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, sei darauf hingewiesen, daß nach Mitteilungen, die Schreiber dieser Zeilen geworden, zugereichte Kollegen es erleben mußten, daß sie bei Leonhardt nicht eingestellt wurden, anderweitig aber auch keine Arbeit erhielten und infolgedessen wieder abreisen mußten. Wenn Leonhardt wirklich Gehilfen gebraucht, hätte er es doch viel einfacher und bequemer, wenn er sich an den Arbeitsnachweis wenden würde, da könnte er auf schnellstem Wege hohel Gehilfen bekommen als er brauchte. Schreiber dieses dünnt es aber, daß Leonhardt recht viele Arbeitskräfte nach hier ziehen möchte, in der Annahme, dann ein Ueberangebot von Gehilfen zu haben und auf Grund dessen den Lohn brüden zu können, denn mit der Innehaltung des Tarifs in allen seinen Punkten ist es in dieser Werkstatt nicht zum besten gestellt. Wir werden ja sehen, wieviel Kollegen Leonhardt am Pfingstsonntag nach Fertigstellung der gegenwärtigen größeren Arbeiten entlassen wird und wie schnell die „dauernde“ Arbeit ihr Ende findet. Also Vorsicht Kollegen, wenn ihr das Fahrgeld nicht umsonst ausgeben wollt.

München-Bartenkirchen. Zu der in Nr. 22 der Südd. Malerzeitung enthaltenen Notiz ist zu bemerken, daß sich die Sache doch wesentlich anders verhält, als sie dort geschildert wird. Zunächst muß festgestellt werden, daß der jetzt geltende Tarif unter direktem Tarifbruch der Meister unseren Kollegen aufgenötigt wurde, denn der vor-

herige Tarif hatte bis 15. April Geltung und der neue Tarif trat unter Aussperrung der Gehilfen vom 1. April des gleichen Jahres ab in Kraft. Zweitens hat Herr Regel einige Aussperrte wieder entlassen, also gemäß Regelt, ein zweiter Tarifbruch. Daher ist es verständlich, daß sich unsere dortigen Kollegen zu gleichem oder ähnlichem Vorgehen berechtigt glauben konnten. Die Ungelegenheit war friedlich beigelegt, und wenn sie Herr Regel durch seine Zentralleitung trotz gegenteiligen Abkommens veröffentlicht haben wollte, kam es auch uns nur recht sein. Jedoch hätte die Südd. Zentralleitung allen Grund, zuerst vor der eigenen Tür zu kehren, wie die Vorkommnisse in Traunstein und Landshtut beweisen.

Die Osnabrücker Kollegen haben endlich auch eingesehen, daß das Bestreben der Beiträge nur durch eine sorgfältige präzise Hauskassierung gehoben werden kann. Im März d. J. hat die Filiale mit der strikten Durchführung der Hauskassierung Ernst gemacht; die bisherige Norm wurde beseitigt und die Wirkung dieser guten Einrichtung blieb nicht aus. Die Stadt wurde in zwei Bezirke eingeteilt und die Kollegen Wellner und Schneider zu Hauskassierern gewählt, die sofort in Funktion zu treten hatten. In einem jedem Kollegen muß nun aber auch das Bestreben erwachen, die Hauskassierer nach jeder Richtung zu unterstützen, indem man die Bücher ständig des Sonntags zur Kontrolle auslegt. Die jetzige Zeit muß aufs Beste benutzt werden und das wird nur sein, wenn alle Mitglieder praktisch mitarbeiten, regelmäßig die Versammlungen besuchen und immer einspringen, wo es gilt irgend eine Lücke auszufüllen. Denn daß noch ein großes Feld zu bearbeiten ist, läßt sich auch für Osnabrück nicht abstreiten. Möge nun jeder Kollege seine Pflicht erfüllen! Die Arbeit muß begonnen werden, dann haben wir zum Jahreschluß einen guten Schrittwärts getan. Wohlau Kollegen, auf zur Arbeit!

Gewerkschaftliches und Soziales.

An die Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands. (Arbeiterbeisitzer.)

Die Verbandsversammlung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte findet in diesem Jahre in Vena im Saale des „Volkshauses“ statt. Das Organ „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ vom 1. März enthält die reichhaltige Tagesordnung, als deren wichtigster Beratungsgegenstand der Gesetzentwurf über Arbeitskammer eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen dürfte, so daß anstatt der auf früheren Verbandsstagen üblichen zwei Tage, wie bereits angekündigt, nunmehr durch eine neuerliche Bekanntmachung im „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ vom 1. Mai drei Tage vorgelesen sind, und demnach der Verbandsstag den 27., 28. und 29. August tagen wird.

Dem früheren Gebrauch gemäß findet im Zusammenhang damit eine Konferenz der Arbeiterbeisitzer statt, welche vor dem Verbandsstag und zwar den 25. und 26. August stattfinden soll. Der Zentralauschuß hat hierzu vorläufig folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Bericht des Zentralauschusses; 2. Bericht des Ausschusses für die Gewerbegerichtsbeisitzer; 3. Das Eingangsverfahren vor dem Gewerbegericht; 4. Die Verhältnismahlen; 5. Die Rechtsprechung an den Gewerbegerichten; 6. Stellungnahme zur Tagesordnung des Verbandsstages; 7. Wahl des Vorstandes zum Zentralauschuß und Wahl eines Ausschussesmitglied für den Verband.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer werden ersucht, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Beratungspunkte oder Anträge, welche mit auf die Tagesordnung gestellt werden sollen, bis spätestens den 26. Juli an den Unterzeichneten schriftlich einzureichen. An allen Gewerbegerichten, bei denen bisher Delegationen auf Kosten der Gemeinde nicht erfolgten, sind diesbezügliche Anträge zu stellen bzw. zu wiederholen. Im Falle der Ablehnung des Gesuches wird es notwendig sein, mit dem Gewerkschaftsartikel in Verbindung zu treten um Bewilligung der Mittel zum Besuche der Konferenz und der Verbandsversammlung. Die von den Gemeinden gewährten Mittel auch zur Teilnahme an der Konferenz nicht ausreichen, wird es sich um eine Beihilfe der Kartelle handeln.

Die Namen der gewählten Delegierten sowie deren Adressen mit Angabe, ob die Besichtigung von der Gemeinde oder dem Kartell bzw. mit einer Beihilfe von letzterem erfolgt und womöglich, welche Mittel den Beisitzern von der einen oder anderen Seite bewilligt werden, sind an den Unterzeichneten zu melden. Weitere in der Sache notwendige Bekanntmachungen werden später erfolgen.

Alle Partei-, Gewerkschafts- und arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

Die Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.

S. A.: Rich. Holz, Dresden-A., Am See 33.

Das schwere Jahr mit seiner Arbeitslosigkeit macht sich auch in der Handschuhfabrikation deutlich bemerkbar. Wie der „Handschuhmacher“ berichtet, weist die Bilanz des Jahres 1907 eine außerordentlich hohe Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben auf, indem die Einnahmen fast gleich blieben, die Ausgaben sich aber bedeutend steigerten. Im 4. Quartal 1906 wurden nur 67 Tage Arbeitslohnunterstützung ausbezahlt, im Jahre 1907 dagegen: im 1. Quartal 825, 2. 7601, 3. 22 253, 4. 20 054 Tage, insgesamt 49 733 Tage Unterstützung. (Reiseunterstützung nicht inbegriffen), d. i. 47 887 Tage mehr als im Vorjahre. In Geld ausgedrückt war die Unterstützung in diesem Jahre 61 492,05 M. höher als im Vorjahre. — Nicht besser steht es im Mutterland der Handschuhmacherei, in Frankreich. In Grenoble, Millau, Saint Junien ist über ein Drittel der Handschuhmacher und Gerber arbeitslos; freilich haben die Deputierten der betreffenden Orte von der Regierung Spezialkredite erlangt, die nach der durch die Regierung vorgenommenen Enquete wahrscheinlich per Ort noch auf 100 000—150 000 Frs. erhöht werden wird. — Die organisierten Hausdiener, Aufseher usw. sind den Wäscheverleibgeschäften in Berlin haben vom 1. Mai d. J. ab einen neuen Tarifvertrag zur Durchführung gebracht. Um eine Durchbrechung der neuen tariflichen Bestimmungen zu verhüten, ist vom deutschen Transportarbeiterverband eine Kontrollkarte eingeführt worden. Von den Firmen ist der Tarif anerkannt und werden die neuen Lohnsätze gezahlt, deren Arbeiter im Besitz einer



Kontrollkarte sind. Dieselbe muß für den laufenden Monat abgestempelt sein.

Ein Auszug ins deutsche Mittelalter. Die Einweihung der Hofkönigsburg im Elsaß, die der deutsche Kaiser vor kurzem vorgenommen hat, veranlaßt den Wochenschauber der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zu folgender Betrachtung:

„Um die Mitte des 16. Jahrhunderts, d. h. um diejenige Zeit, in die das Fest auf der Hofkönigsburg unversehrt fällt, beginnt ohne Zweifel die trübste Zeit in der deutschen Geschichte. Eingeleitet wird diese Periode von unerbittlichen und grausamen Bürgerkriegen durch den Bauernaufstand, der im Jahre 1525 fast das ganze Reich in Flammen setzte. Die zwölf Artikel der Bauern wurden im Februar dieses Jahres erlassen. Wir haben die erste der Februarrevolutionen vor uns, der so viele gewaltige und blutige Nachfolgerinnen beschieden sein sollten. War jene Bewegung berechtigt? Nicht an dieser Stelle kann die Frage entschieden werden, nicht unsere Aufgabe ist es, darüber zu urteilen. Inbessent selbst konservativ Geschichtsschreiber erkennen an, daß die Bauernbewegung des 16. Jahrhunderts in den damaligen Verhältnissen ihre gute Berechtigung gefunden hat. Jedenfalls lagen Gründe zur Erbitterung und Empörung vor, die mit den Bedingungen, über die sich die „ausgebeuteten Lohnknechte“ von heute beklagen zu müssen glauben, etwa so vergleichbar sind, wie der Chimborazo mit dem Berliner Kreuzberg. Die höheren Stände jener Epoche brachten den Beschwerden der unterdrückten Bauern nicht das geringste Verständnis entgegen. Im Gegensatz zu der heutigen Zeit, in der Regierung und Volkstum in sozial-ökologischer Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen weiterern, herrschte damals bei der Obrigkeit volle Ohnmacht, bei den Herren und Mittern Uebermut und Herzshärte, bei den höheren Ständen Selbstsucht und Geringschätzung des niederen. Also mag es zugegeben sein, daß die Bauern zur Zeit Siedens und Verklüppelungs sich nicht mit Unrecht erhoben und zu den Waffen gegriffen haben. Trotzdem bleibt eine Tatsache übrig, die für den Kampf der Gegenwart am meisten heberzig werden muß. Bei allem Grimm, der die Landleute besetzte, hätte der Aufstand niemals jene furchtbaren und grausamen Formen angenommen, er wäre niemals zum wirklichen Volkskrieg emporgestiegen, wenn nicht die oberen Stände mit ganz falschen Vorstellungen an die Sache herangegangen wären. Die Fürsten, die Junker, die Geistlichen waren uneins. Sie gebächten die Bewegung der Bauern heimlich gegeneinander auszuspielen, und diese Uneinigkeit, diese Politik der Hintertüren war es, die den Bauern das Niederstürzen und die eigentlich erst ihre Organisation „im heißen Haufen“ ermöglichte.“

Diese Schilderung paßt ganz vorzüglich auch für die modernen Kämpfe: auch heute haben die Herrschenden kein Verständnis für die Lage der Unterdrückten, auch heute suchen sie Uneinigkeit in die Reihen der kämpfenden Arbeiter zu tragen. Und doch ist es heute ganz anders — jagt der Münchener. Nach 100 Jahren wird die Geschichte ein anderes Urteil fällen und sie wird anerkennen, daß der Kampf des modernen Proletariats gegen Unterdrückung und Entrechtung ebenso berechtigt war, wie der Kampf der mittelalterlichen Bauern.

Neber den Generalstreik äußert sich Genosse Barbus in einer Broschüre folgendermaßen: „Das Kapitel konzentriert sich noch mehr. Und noch größer werden die Streiks, noch schärfer der Kampf, noch länger seine Dauer. Defto verheerender werden die Wirkungen der Streiks. Viele Zehntausende, ja Hunderttausende von Arbeitern nehmen an diesen Kämpfen teil, die sich monatlang hinziehen. Durch die Bruchlegung ganzer Industriezweige werden auch andere Produktionsgebiete in Mitleidenschaft gezogen. Streiken die Baumwollspinnereien, so werden schließlich auch die Webereien brachgelegt; fehlt die Zufuhr von Eisen, so leidet nicht nur die Maschinenindustrie, sondern auch die Bauindustrie; streiken die Bauarbeiter, so müssen auch die Mörtelwerke feierlich; ein allgemeiner Bergarbeiterstreik hemmt die Produktion auf allen Gebieten, während ein Eisenbahnstreik sie sofort unterbricht. Immer weitere Kreise der Bevölkerung werden von dem Streik in Mitleidenschaft gezogen, neben den Arbeitern auch die Krämer und Gastwirte; und selbst die Bauern auf dem Lande, die Fleisch und Milch nach der Stadt liefern, bekommen den Streik zu spüren. Aus einem Kampf zwischen einem Häuflein Arbeiter und einzelnen Unternehmern, der unbemerkt von der ganzen Welt verlaufen konnte, wird der Streik zu einem sozialen Ereignis, das die Produktion und das gesellschaftliche Zusammenleben in ihren Grundlagen erschüttert.“

Das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ nimmt dazu einen ablehnenden Standpunkt ein, was die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ zu nachstehenden Bemerkungen veranlaßt: „Es fällt ein Reiz in der Frühlingsnacht. Die Begeisterung wird gebämpft, denn das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ rüffelt kein warmes „Halt“ heraus. Im Gegenteil, sagen die besonnenen Gewerkschaftler, der gewerkschaftliche Kampf wird, soweit der Streik in Betracht kommt, eine wirtschaftliche Bedeutung haben, er wird sogar die politischen Anschauungen ausschalten und die Arbeiter als Klasse zur Erreichung einer bestimmten Lohnforderung zusammenführen. Nur unter gewissen Voraussetzungen hat der Streik politische Anklänge. Ein politisches Kampfmittel könne der gewerkschaftliche Streik nicht werden, der ja nur die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse als Zweckbestimmung habe. Und nun folgen die ebenso vorzüglichen wie beachtenswerten Worte: „Es wäre der größte Fehler, die Arbeiterklasse zu politischen Propaganda zu verleiten, um so den ganzen Heerhaufen der Gegner gegen sich zu machen.“

Das ist eine deutliche Abgabe an die Partei. Eine Abgabe, die mit recht interessanten Hinweisen auf die neuere Streikpolitik ausführt begründet wird. Das „Korrespondenzblatt“ bezweifelt, ob die gegenwärtige Taktik der Unternehmer, bei jedem Konflikt die ganze Branche lahmzulegen, für alle Seiten geböt wird. Vielleicht ist dieser Zweifel vom Standpunkte des „Korrespondenzblattes“ aus daher zu leiten, daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist, und vielleicht ist die Voraussetzung einer neuen Uneinigkeit unter den Arbeitgeberseits der Gewerkschaftler zu optimistisch, denn bisher denken umgekehrt sämtliche Anzeichen darauf hin, daß die Organisation der Unternehmer eine immer stärkere

wird, wenn sie vielleicht auch Formen findet, durch die eine allzu weite Ausdehnung der Streikbewegung vermieden werden kann. Wie sich inbessent auch die Unternehmer verhalten mögen, darin hat das „Korrespondenzblatt“ jedenfalls die Wahrheit gesagt, daß man auf Seiten der Arbeiter viel vorsichtiger und zurückhaltender geworden ist und sich wohl davor hütet, durch Sympathiestreiks jeder Ausstandsbeziehung sofort eine möglichst weite Ausdehnung zu geben. Das Zukunftschild, das sich Barbus in lebhafter, flammender Phantasie ausgemalt hat, wie die Hunderttausende monatlang streikten, erscheint dem nüchternen und realpolitischen Verstande der Gewerkschaftler als eine krasse Utopie. Woher allein das Geld für einen solchen Massenstreik! Die Unternehmer werden es sich überlegen, und die Arbeiter nicht müder, ehe sie eine solche verhängnisvolle Störung des Wirtschaftslebens heraufbeschwören, und so scheint das „Korrespondenzblatt“ ganz im Gegensatz zu Herrn Barbus aus der fortschreitenden Organisation der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Folgerung zu ziehen, daß es nicht zu einem grauenhaften Massenstreik politischer Art, sondern zu einer friedlichen Verständigung oder doch mindestens zu einem nachhaltigen Waffenstillstande kommen wird.

Die ganze Auseinandersetzung ist jedenfalls ein neuer Beleg dafür, daß mindestens theoretisch die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften manche Sprünge zeigt. Wie die Sache sich in Zukunft gestalten wird, darüber freilich läßt sich nur ein non liquet aussprechen. Nach der bisherigen Entwicklung und aus psychologischen Gründen muß man leider annehmen, daß die vernünftige Zurückhaltung der Gewerkschaftler gegebenenfalls von dem politischen Ungefühle der Genossen über den Haufen gerannt wird. Das übrigens für die Frage der Arbeiterorganisationen letzten Endes nur ein geringer Unterschied darin besteht, ob die Unternehmer nach dem Rezept des Barbus im politischen Massenstreik oder nach der Annahme des „Korrespondenzblattes“ im gewerkschaftlichen Massenstreik angegriffen werden, bedarf wohl kaum einer näheren Erörterung. Mag der Ausgang dieser oder jener sein, in jedem Fall sind die Arbeitgeber aus Gründen der Selbsthaltung gezwungen, ihre Stellung mit aller Energie zu befestigen und die Phalanx bis auf den letzten Mann zusammenzuschließen.“

Wir geben diese Ausführungen ohne jeden Kommentar wieder, um unseren Kollegen zu zeigen, wie augenblicklich die Stimmung in den Kreisen der Unternehmer ist.

Die „nationalgesinnten“ Arbeiter sind Stimmbieh und weiter nichts! Eigentlich ist es eine Annahme und eine Unverschämtheit, wenn Leute die Vaterlandsliebe in Erbpacht nehmen und mit ihrer nationalen Gesinnung verkommen, die alles tun und alles unterstützen, was darauf hinausläuft, unser deutsches Vaterland zu einem Zummelplatze von gesinnungslosen Streibern, futuristischen Reaktionsären und profitstüchtigen Ausbeutern zu machen. Die sogenannten nationalen Arbeiter sind wesentlich mit Schuld daran, daß einem freibeitlich gelommenen, sozial empfindenden Menschen das verpreukete Deutschland immer mehr verfehlt wird. Sie erschweren ihren aufklärten, emporstrebenden Klassenangehörigen den Kampf um eine bessere Ausgestaltung unseres Heimatlandes, indem sie sich zu Schlepenträgern der Reaktion und zu Goldknechten des ausbeuterischen Kapitalismus erniedrigen. Aber ihre Strafe bleibt nicht aus, denn mit Verachtung werden sie von den „Herren“ beiseite gestosfen, wenn sie ihre Schuldbiligkeit gelan haben und mit moralischen Fußstapfen werden sie entlohnt, wo sie Dank und Anerkennung erwarteten.

Allmählich beginnt es auch in den Köpfen dieser rückständigen Proletarier zu dämmern und sie merken, worzu sie eigentlich gut sind. Ein solch armer Schelm aus dem rheinischen Industriegebiet macht sich in einer Zuschrift an die „Soziale Praxis“ folgendermaßen Luft:

„Mit betrübtem Herzen sieht der nationale Arbeiter der Wahl entgegen. Während seine Mitarbeiter, die zur schwarzen oder roten Fahne geschworen haben, für Männer aus ihrem Stande eintreten können, muß er zusehen, wie von den nationalen Parteien nur Herren auf den Schild erhoben werden, die zwar national gesinnt, aber fast ausschließlich den besseren Kreisen angehören und zum größten Teil mit dem Arbeiterstande keine direkte Fühlung haben. Dem objektiv denkenden Mensch wird doch behaupten wollen, daß an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses die Arbeiterkraft wenig oder gar kein Interesse habe; denn das Knappheitsgesetz, die Steuer- und Schulpolitik, das Eisenbahnwesen etc. sind Dinge, die dem Arbeiter durchaus nicht gleichgültig sind und bei deren parlamentarischen Behandlung die Mitwirkung von praktischen Handarbeitern unbedingt notwendig ist. Selbstredend müssen diese auch eine hervorragende geistige Befähigung besitzen und ihr Denkövermögen darf durch die harte körperliche Arbeit nicht abgestumpft sein. Bei gutem Willen werden sich aber geeignete Leute finden lassen, es wäre schade, wenn in der nationalen Arbeiterkraft solche nicht vorhanden wären, während Zentrum und Sozialdemokratie deren massenhaft zur Verfügung haben. Es muß als eine Verpöchtung der Arbeiter betrachtet werden, wenn man auf Parteitagungen schöne Worte für Arbeiterkandidaten redet, aber nicht daran denkt, diese Worte in die Tat umzusetzen. Leider hat man sich in den meisten nationalen Parteien noch nicht zu der Einsicht durchzurufen bemächtigt, daß auch Handarbeiter in ständiger geistiger Arbeit zu liefern. In einer parlamentarischen Tätigkeit glaubt man dem Mann aus der Werkstatt jede Befähigung abbrechen zu müssen, und die Herren von Bildung und Besitz glauben, den Landtag in Erbpacht genommen zu haben. Je mehr Fortschritte die Industrie macht, desto mehr Anforderungen werden an den Geist der Arbeiter gestellt; wenn jedoch der Handarbeiter zu geistigen Arbeiten unfähig ist, ist eine Entwertung der Industrie unumgänglich. Wer im persönlichen Verkehr mit der Arbeiterkraft steht, wird zugeben müssen, daß viele Leute in der praktischen Schule des Lebens mehr gelernt haben, als eine ganze Anzahl Herren, die Gymnasium und Universität besucht haben. In den unteren Bevölkerungsschichten ist ein wahrer Schatz von geistigen Kräften vorhanden. Die Arbeitervertreter leiden nicht an dem Größenwahne, die Industrie in allen Teilen vertreten zu können, aber sie werden dies ebenso gut fertig bringen, wie die Industriellen die Interessen der Arbeiter vertreten können. Die Arbeitervertreter werden von letzteren so gering geschätzt, daß sie glauben, die Vertretung derselben ganz gut so nebebei zu leisten zu können. Ebenso schwierig wie es für einen Arbeiter ist, sich in eine

großzügige Handelspolitik hineinzuendenken, ist es auch für einen Industriellen, die Leiden und Beschwerden des Arbeiterstandes zu erkennen. Die besitzenden Klassen müssen jedoch nicht denken, mit irgend einem Parabearbeiter, der im Jagden und Kopiniden Großes leistet, wäre der Arbeiterschaft gedient. Nein, es wird verlangt, solche Leute auf den Schild zu erheben, welche eine eigene Meinung besitzen und auch Gebrauch davon machen. Sie müssen vor der Öffentlichkeit bewiesen haben, daß sie sich zu einem solchen Posten eignen. Erst wenn die Arbeiterschaft im preussischen Parlament eine angemessene Vertretung hat, ist der Weg zur Schaffung geuinder Zustände frei gemacht, der allen Bevölkerungsschichten zum Segen gereichen wird. Gleichberechtigung aller Stände ist das Ziel, dem wir unabweisend zustreben müssen.“

Da wird der gute Mann aber lange warten müssen, denn er wird eher einem Egel das Seil anhängen heibringen können, als einem „nationalen“ Politiker den Sinn für Gleichberechtigung aller Stände. Den Herren steht das Prahlen mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit ungefähr so schön an wie dem Hahn das Eierlegen.

— So oder so — die Sozialdemokratie muß als Schreckgespenst aufmarschieren. In Hamburg wird durch Beschluß des Senats vom 1. Juli d. J. ab der Achtuhr-Ladenschluß eingeführt, weil sich die übergroße Mehrzahl der Geschäftsleute für diese sozialpolitisch wohlthätige Maßregel ausgesprochen hat. Daraufhin schreibt in den „Hamburger Nachrichten“, dem gemeinsten Schatzmacherblatt Hamburgs, irgend ein verärgertes Spießbürger folgende Sätze nieder: „Welche Verbitterung durch diese Maßregel in Kreise, die bisher zu den festesten Stützen des Staates gehörten, getragen worden ist, davon hat man höheren Ortes gar keine Ahnung. Der Sozialdemokratie hat man aber wieder einmal Vorwurf geleistet; die Zahl der Unzufriedenen und Erbitterten hat sich wieder vergrößert.“

Das müssen doch sonderbare Klänge sein, diese „festesten Stützen des Staates“, die aus Alerger über den Achtuhr-Ladenschluß zur Sozialdemokratie gehen — denn gerade diese Partei tritt ja für den allgemeinen Achtuhr-Ladenschluß ein. Unter der erwähnten Moch befindet sich ein kurzer Artikel, gleichfalls über den Achtuhr-Ladenschluß. Darin wird im Gegensatz zu der vorhergehenden Einwendung gesagt, daß gerade durch Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses der Sozialdemokratie Abbruch getan werde. Es sagt dort ein Geschäftsinhaber: „Diese Partei bleibt dann mit ihren Utopien und Ideologien sitzen und kann nur noch als lächerlich empfunden werden, weil sie keine erfüllten vernünftigen Forderungen mehr hat. In diesem Sinne rate ich auch mit vollem Bewußtsein den Kollegen, die Sonntagssuche-Bewegung zu unterstützen.“

Das ist wirklich zum Lachen; der eine will mit dem Achtuhr-Ladenschluß die Sozialdemokratie totmachen, der andere meint, sie werde dadurch zahlreiche Anhänger gewinnen — eine komische Gesellschaft, diese Mittelstandsklasse. Der arme Senat kann uns leid tun, denn er ist zwischen zwei Feuer geraten.

### Vom Ausland.

Österreich. Bezug ist strengstens fernzuhalten nach: Salzburg, St. Pölten, Graz, Meran, Teufen, Riefing, Abgersdorf, Mauer, Rodaum und Perchtoldsdorf.

Gesperert sind: die Maggonfabrik Kesselsdorf (Mähren) und in Hinterbrühl (Niederösterreich) die Werkstelle S a l i t.

Für die Anstreicher und Maler in Mödling wurde ein kollektiver Arbeitsvertrag abgeschlossen. Der Neuntelndentag wurde eingeführt und der Mindestlohn auf 52 Heller die Stunde festgelegt.

Ungarn. Gesperert sind die Städte: Kassa, Szekesfehervar und Temesvár. Die Franz Schloßnitische Leistenvergoldungsfabrik und die Anstreicherwerkstätte Joh. Felberbaum in Budapest sind gesperert.

Schweiz. Bezug ist zu meiden nach: Luzern, Solothurn und Schaffhausen.

### Verschiedenes.

Geistliche Landesausstellung für freie und angewandte Kunst in Darmstadt 1908.

Am 23. Mai wurde die Ausstellung durch den Großherzog eröffnet. Den Versuch, die Eröffnung zu verhindern, da sie noch so unfertig ist, lehnte der Großherzog ab. Eine der Hauptursachen, daß die Arbeiter noch so zurück sind, liegt in der Aussperrung unserer Kollegen, wodurch die besten Kräfte brachgelegt wurden. Die ganze bürgerliche Presse hätte wohl Peter und Moritz geschrien, wenn durch einen Streik der Gehilfen diese Zustände eingetreten wären; man hätte es sicherlich als eine Demonstration gegen den Großherzog hinzubezeichnen verstanden. Wegen der Aussperrung soll sich der Großherzog sehr abfällig ausgesprochen haben; er betrachtete es offenbar als Mangel an Takt, wo er doch gerade dem Gewerbe neue Wege bahnen hilft. Die Ungelegenheit wird um so eigenartiger, wenn man bedenkt, daß die Maubeimer Unternehmer mit der Aussperrung bis 1. Mai Dispens hatten, den aber andere Organisation sehr schnell illusorisch machte. Dem Großherzog gegenüber glaubte man diese Rücksicht nicht üben zu müssen, zumal ja in Darmstadt die „Harten“ Leute sind, die die Sache schon machen. Wie sich die Bauleitung, die Minister, hohe Regierungsbeamte, die Herren von der Stadtverwaltung usw., die in den verschiedenen Ausschüssen sitzen, damit abfinden konnten, ist charakteristisch für diese Leute; ebenso für die Professoren, Künstler und sonstigen Beteiligten an dem Unternehmen. Der ganze Hauch war wieder nach außen einig, denn es ging ja gegen die Arbeiter. Die nicht mitun wollten, mußten eben mit allen Mitteln beruhigt werden und sind nun die Betroffenen.

Die Malerarbeit spricht auch schon genügend für sich selbst; überall glatter Anstrich, diesach auf massen Grunde, wo sonst doch etwas mehr gemacht wird. Wenn es sich gar nicht machen. Vor Monaten schon prangte ein Schild am Hauptgebäude: „Veremigte Maler, Maler- und Lackiermeister Darmstadt“. 24 Firmen waren daran beteiligt. Man war geneigt zu glauben, nun legen die Herren ernstlich einmal los. Der Süddeutsche Wintertag hatte vom 18. bis 26. August vorigen Jahres eine Nachausstellung. In dem Katalog heißt es: „Es ist eine der vornehmsten Aufgaben des Verbands, die Erbung unseres Ge-



werbes mit allen Mitteln anzustreben. . . . Aber unsere Ausstellung soll auch zeigen, daß es in unserem Berufe noch Männer gibt, welche in der Lage sind, selbständig Schönes zu leisten, an deren Arbeiter nicht nur der einzelne Kollege, sondern auch das Publikum, welches uns durch seine Aufträge Gelegenheit gibt, unsere Fähigkeiten zu verwerten, Anregung in bezug auf die künstlerische Ausgestaltung der Häuser und Wohnräume finden und dadurch veranlaßt werden soll, unserem Schönen, leider oft sehr vernachlässigten Gewerbe größere Beachtung zu schenken."

Das ist gewiß sehr schön gesprochen, und wahrlich, hier hätten es nun die Herren zur Tat machen können. Viele Räume standen zur Verfügung, endlich einmal zu zeigen, was man kann und was man will. Hier hätte man selbständige schaffen können. Farbenreichtum und Farbenfreude hätten zu verschiedenen Zwecken verwendet werden können, zumal es billiger kommt, als z. B. bei Schreiner-, Holzarbeiten usw. An dankbaren Besuchern und Bestellern würde es auch nicht gefehlt haben. Gipswände hat man gestellt und Gipsdecken (was gar nicht direkt zum Gewerbe gehört) und weiß gestrichen. Als Versuchssubjekt für Architekten gab man sich her, schrieben und piffen ließ man sich, statt selbständig zu schaffen.

Statt die Verhältnisse künstlerisch und wirtschaftlich auszunutzen und die Gelegenheit beim Schopfe zu fassen, schlägt man sich wegen einer Mindestleistung der Gehilfen und wegen eines Pfennig Lohnerhöhung wochentag herum. Quadratmeter und Akord ist die Lösung dieser Leute. Das "schöne Kunstgewerbe" steht trauernd am Wege und senkt: Herr, schütze mich vor meinen Freunden!

**Sachliteratur.**

Die Silhouette. Ihre Geschichte, Bedeutung und Verwendung von Anna Corje. Mit 37 Abbildungen, Preis 1 M. Verlag von E. Haberland in Leipzig-St., Silenburgerstraße 10-11.

Wie man sich Silhouettenbildchen mit geringer Mühe und geringen Kosten selbst herstellen kann, zeigt uns in sehr anschaulicher Weise das oben genannte Büchlein. Es ist in demselben auch, außer den verschiedenen Lehrmethoden zur Selbstanfertigung der Schattenbilder, eine ganze Reihe interessanter historischer Porträts, zum größten Teil aus der Götzezeit stammend, erhalten, die sich mit leichter Mühe kopieren lassen, außerdem Muster für Tische und Menajährstorten, Briefpapieten, Bilderrahmen u. dergl. Das Buch, leicht fäglich und knapp geschrieben, dürfte allen Liebhabern dieser harmlosesten aller schwarzen Künste willkommen sein.

Anleitung zur Blumenmalerei in Wasserfarben. Von Jul. Höppler. 3. Auflage. Preis in modernem Büttenumschlag 60 S. Verlag von E. Haberland in Leipzig-St., Silenburgerstraße 10-11.

Nur durch die Aquarellmalerei ist es möglich, die Schönheit der Farben und Formen, wie sie uns die Blumen darbieten, in all ihrer Partikularität und Lustigkeit wiederzugeben. Die Blumenmalerei mit Wasserfarben wird deshalb seit langem um so eifriger von Liebhabern betrieben, als sie unabhängig von Jahreszeit, Wetter und Lichtverhältnissen ausgeübt werden kann. Ein guter Führer für diese beliebte und überaus dankbare Kunst bietet sich in der uns vorliegenden Anleitung von Jul. Höppler, die jetzt in 3. Auflage erscheint. J. Höppler, der sich vor allem durch seine ausgezeichnete Schule der Blumenmalerei einen Namen gemacht hat, teilt die Blumenmalerei nach der Farbe in 6 Gruppen und lehrt genau wie die Blumen jeder Gruppe malerisch zu behandeln sind. Es sei hier gleichfalls auch auf die Blumenschule, die in 3 Ausgaben zum Preise von 29 M., 15 M. und 8 M. erhältlich ist, aufmerksam gemacht. Die aus der Praxis geschaffenen Wertedürften ihren Zweck bestens nachkommen. Sie eignen sich ebenso für den Schul-, wie für den Selbstunterricht.

**Literarisches.**

Le Traducteur (16. Jahrg.), The Translator (5. Jahrgang), 31 Traduttore (1. Jahrg.), Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. — Probemummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des "Traducteur" in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 5 des dritten Jahrgangs, Mai 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart. — Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 M. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlersstr. 43.

**Sterbetafel.**

Würzburg. Am 24. Mai verstarb unser Kollege M. Krämmer im Alter von 19 Jahren an der Lungentuberkulose.

Hamburg. Am 21. Mai starb nach langem Leiden unser treues Mitglied C. P. A. u. l. s. e. n im Alter von 32 Jahren.

Lissa. Am 10. Mai verstarb unser Kollege C. K. ä. d. e. l. t im Alter von 21 Jahren.

Braunschweig. Am 19. Mai starb unser Mitglied F. o. h. a. n. n. e. s. K. i. s. c. h. i. e. r an Knochen-tuberkulose. Ehre ihrem Andenken.

**Vereinsteil.**

Der Erhöhung des Wochenbeitrages in der Filiale Leipzig auf 60 S., in den Filialen der Filiale Magdeburg auf 55 S. wird die Zustimmung erteilt.

Bericht der Hauptkassa vom 26. Mai bis 1. Juni. Für das 2. Quartal wurden eingekandt: Giebel 400 M.; Bremerhaven 300 M.; Lübeck 600 M.; Greiz 100 M.; Herford 100 M.; Weimar 100 M.; Regensburg 200 M.; Eberfeld 500 M.; Crimmitschau 100 M.; Mühlhausen i. G. 100 M.; Saarbrücken 250 M. und Heilbronn 57,44 M. Für den "Ber.-Anz." ging ein: Leipzig S. 33,80 M.; Letmathe S. 4,80 M.; Jülich S. 4,40 M.; Linenau S. 7,98 M.; Crimmitschau 4.— M. und Wlogau S. 3,30 M.

Material wurde verandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatsmarken. F. = Futterale. Br. = Broschüren.

Annaberg 10 C.; Cuxhaven 800 B. a 60 S., 10 C.; Emden 400 B. a 60 S.; Herford 400 B. a 60 S., 20 F.; Linenau 400 B. a 50 S., 20 C.; Starksruhe 20 F.; Königs- hütte 400 B. a 50 S., 20 C.; Kulmbach 400 B. a 50 S.; Landsberg 400 B. a 50 S.; Lübeck 1600 B. a 60 S.; Magde- burg 1600 B. a 55 S., 100 C.; Mannheim 6000 B. a 60 S.; Nürnberg 400 B. a 20 S. (weibl. M.); Pforzheim 1200 B. a 50 S.; Straßburg 2000 B. a 60 S.; Thorn 400 B. a 50 S.; Wiesbaden 100 C.; Wittenberge 400 B. a 55 S., 200 B. a 20 S.; Worms 400 B. a 60 S., 1 Br. S. Wenker, Kassierer.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse**

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Eingeführte Hilfskassa Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 21. bis 30. Mai 1908. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von: Siebert-Erfurt 200 M.; Zimmermann-Torgau 6,84 M.; Thomen-Nürnberg 300 M.; Strapp- Bamberg 100 M.; Stanne-Bremen 150 M.; Ströfel-Nord- hausen 100 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgekandt an: Krebs-Cassel 200 M.; Münch-Heidelberg 50 M.; Bender-Ebn-Chrenfeld 100 M.; Schulz-Cöpenick 100 M.

Krankengelder erhielten: Buchn. 30710 R. Sommerfeld in Pehdenick 12,60 M.; Buchn. 27905 B. Veelt in Doberan i. M. 14,70 M.; Buchn. 22452 B. Spengler in Worms 16,80 M.

J. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

**Anzeigen.**

**Drei Lackierer,** wenn auch jüngere Leute, finden bei zehntündiger Arbeitszeit sofort dauernde Beschäftigung in der Wagenfabrik von W. Hohmann, Calbe a. E., b. Magdeb.

**Tüchtiger Holzmaler** der auch im Schriftmalen firm ist, jedoch nicht Bedingung, findet dauernde angenehme Stellung. Wenzel & Jurgens, Plauen im Vogtlande.

**Filiale Augsburg.** Das Verkehrs- und Versammlungslokal befindet sich jetzt im **Wittelsbacherhof, Jesuitengasse.** Dasselbst guter Mittag- und Abendtisch. ff. Viere bei Genosse Buchwieser. [N 1.80

Um die Adresse des Malers **Paul Mothe** aus Bischofswerda bittet Ditto Böhmner, Reichenbach i. B. Burgstraße 2.

Wenn die Adresse des Kollegen **Franz Kratzel** früher in Wend. Buchholz, bekannt ist, wird gebeten, dieselbe an E. Wirth in Wriezen gelangen zu lassen.

**Zahlstelle Witten a. Ruhr** Das Verkehrslokal der Maler und Anstreicher befindet sich beim **Kastwirt Hull, Rest. „Zur Sonne“** Hauptstraße. Der Vertrauensmann.

**Maler-Mäntel** eigenes Fabrikat, beste Ware, schräge Taschen, Steh- oder Umlegeklagen. 110 120 130 140 cm lang 3.— 3.10 3.25 3.40 Mark Mäßen 40 Pfg., Hosen 2 Mk., Dress- Jacken und Hosen a 2,80 Mk. Extra-Größe 3 Mk. Bernh. Dähne, vrg. Kollege, Crimmitschau i. S., Schillerstr. 4.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—. Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Gießen i. Westf.

**Zum Selbstunterricht!**

Neue Holz- und Marmormalereien. Serie I Holzmalerien 3. Auflage Mk. 18.00 | Druckfläche 32x48 cm. Serie II Marmormalereien 2. Auflage Mk. 15.00 | Beide Mk. 32.00. Porenrollen per Paar Mk. 6.00. — Stoff-Imitations- und Tupt- apparat Mk. 8.50 und Mk. 14.50. — Tuptschwämme, Pinsel für die Holz- und Marmormalerei! — Japan-Weiss für Innen und Aussen Mk. 2.00 per kg.

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19. Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

**Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.**

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der letzten aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.

**Schmid-Engweiler's Holz- und Marmor z. Selbstunterricht**

20 Blatt (über 60 Sorten) prachtvolle Naturfarben-Drucktafeln, Vorlagen für die Kundschaft, in reichhaltig. Einteil. Leisten und Gesimsen etc. samt reichillustr. Textbuch mit gründlicher Anleitung Mk. 16 auch Serienweise je fünf Blatt Mk. 4.—, alles in eleganter Mappe Mk. 16 auch Textbuch allein Mk. 4.—. **Höchst prämiert! Paris, Liege, Mailand etc.** Zu beziehen bei H. Schmid-Engweiler, Zürich, Erste Schweiz, Malerschule. Illustrierte Prospekte gratis. — Eintritt jederzeit.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das rühmlichst bekannte

**Mahlers Fondin**

versendet gratis und franko Mahler & Co., Bamberg II.

Achtung Kollegen! St. Georgs bester Privat-Mittagstisch v. 12-7 Uhr beim Kollegen F. Thielemann, Hamburg, Langereihe 82, Hochb. Gute Hamburger und Holsteiner Küche.

**Versandhaus** in allen Malerartikeln, Farben, Sack, Pinsel und Schablonen. Billigste Bezugsquelle in Tubenfarben. Man verlange Preisliste! G. Job, Nürnberg, Tebelg. 13.

Achtung! Kollegen! Achtung! Wo speisen unsere Hamburger Kollegen? Bei dem Kollegen Martin Aschberger, Fuhlenwiese Nr. 56, Ecke der A-B-C-Straße, Keller.

Vorzüglliche Küche.



**Vergrößerungen am besten und billigsten** z. B. auf Zeichenpapier 36/46 cm 46/56 cm 1.— Mk. 1.10 Mk. (Negative gratis) liefert Richard Swierzy, Ges. m. b. H. Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt I, 3008. Tägl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko

Neu! **Farben-Spritzapparat** Neu! auch für Sandstein-Imitation, Preis 8 M. Neu! **Porenwalzen** Neu! D.-R.-G.-M. Preis 7.50 M pro Paar. Wiederverkäufer gesucht. M. Rabben, Düsseldorf. Schule für Holz- u. Marmormalerei Semester: Vom 1. November bis 1. März

**Maler - Mäntel,**

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität Umlegeklagen, schräge Taschen 110 120 130 140 cm lang 3.— 3.10 3.25 3.40 M.

Mäßen 40 S, Messel-Hosen 2.10 M, Dress- Hosen und Jacken von Leinen a 2.80 M. Extra-Größe per Stück 3.— M. D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage der **„Süddeutsche Postillon“** Humoristisch-satirisches Witzblatt. Groß 4° 8seitig, reich und original illustriert, schwarz und in prächtigen Farbendruck. Preis pro Nummer 10 Btg.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 22 des Korrespondenzblattes für die Bediensteten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Mack Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17. Verlag von S. Wenker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.